

Die

Verband der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen e.V.
Landesverband Rheinland-Pfalz



Wirtschaftsschule

1/01



*Winfried Ruf, Jürgen Kettner, Roswitha Grimmer, Georg Jooß, Karl-Heinz Fuß, Bernadette Collins
Das Team des vlw für die HPR-Wahl*

vlw

**Ihre
Interessenvertretung
mit **BISS****

Inhalt

Hohe Unterrichtsqualität erfordert angemessene Arbeitsbedingungen	3
Arbeitsplatz BBS in der Diskussion“	4
Delegiertenversammlung im Zeichen der Personalratswahlen	8
Unterrichtsausfall und Nachwuchssicherung für Berufsbildende Schulen	10
oder: MBWW „auf der Jagd nach Lehrern“	10
Neue Mitglieder im Landesvorstand	18
Jürgen Kettner, neuer stellvertretender Landesvorsitzender.	18
Gregor Gebhard, neuer Vorsitzender des Ausschusses „Junge Wirtschaftspädagogen/Lehrerbildung . . .	18
Spezifische Belastungen der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen	19
Fehler und Versäumnisse	23
Versorgungsabschlag bei Dienstunfähigkeit oder Schwerbehinderung	24
PCs nun auch für Lehrerinnen und Lehrer steuerlich absetzbar	26
Zöllner verschiebt Lehrerprämie in Herbst	26
Zum Abschied von Frau Havel-Scheuermann als Bezirksvorsitzende von Rheinhessen	27
Neuer Bezirksvorsitz in Rheinhessen	27
Bezirksdelegiertenversammlung des VLW-Bezirks Pfalz in Landau	28
Runde Geburtstage in der Pfalz 2001	29
Dr. Urschbach 85 Jahre	30
Dr. Werner Weidmann 70 Jahre	30

Die Wirtschaftsschule

Die Wirtschaftsschule erscheint in 2 Exemplaren im Jahr und ist das vlw-Organ für umfassendere Dokumentationen und Artikel, ergänzend zum vlw-forum. Sie ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber:

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (vlw) Rheinland-Pfalz im DBB, Vorsitzender Georg Jooß
Geschäftsstelle: Holbeinstr. 10 · 67061 Ludwigshafen
Tel. 06 21 - 58 12 70 · Fax 06 21 - 58 12 60 · E-Mail: jooss@vlw-rlp.de · homepage vlw-rlp.de

Redaktion:

Dipl.-Hdl. Friedrich Heil · Hessheimer Str. 31 c · 67227 Frankenthal
Tel. + AB 0 62 33 - 2 52 79 · Fax 0 62 33 - 22 03 08 · E-Mail: heil@vlw-rlp.de oder Friedrich.Heil@t-online.de

Beiträge bitte auf Diskette + Ausdruck oder als Anlage per E-Mail. Danke!

Alle Beiträge werden mit Umsicht veröffentlicht. Es besteht jedoch keine Gewähr, z.B. bei Kürzungen.

Dies gilt insbesondere für unverlangt eingesandte Manuskripte. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

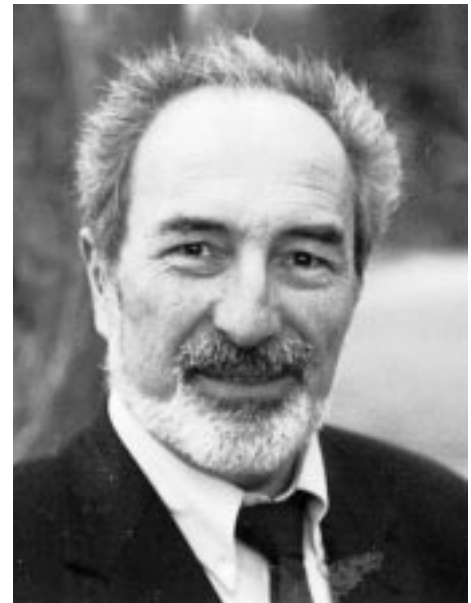
Druck:

Druckerei Kröner GmbH, Ludwigshafen

Hohe Unterrichtsqualität erfordert angemessene Arbeitsbedingungen

Der Reformprozess der berufsbildenden Schulen befindet sich in einer wichtigen Phase. Dabei sind unter anderem Änderungen der Berufs- und Arbeitswelt, in der Wirtschaft sowie ein verändertes gesellschaftliches Umfeld und ein völlig neuer Umgang der Jugendlichen mit neuen Technologien zu bewältigen.

Berufsbildende Schulen an der Nahtstelle zum Beschäftigungssystem stehen dabei unter einem besonderen Anpassungsdruck. Veränderungen der Arbeitsorganisation in den Schulen und Änderungen der Lehrerrolle hin zu einer aktiven Gestaltung des Lernprozesses durch die Schüler und Schülerinnen und zu mehr Teamorientierung in den Kollegien sind pädagogisch sinnvolle Antworten auf diese Herausforderungen.



Von der Schuladministration erfordert dies eine aktive Gestaltung und Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf der Basis fundierterer Entscheidungsprozesse und kein Reformchaos. Genaue Analysen der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Arbeitsbelastung in den Schulen sind dringend geboten, denn Reformansätze nach dem Prinzip des „trial and error“ wirken kontraproduktiv. Die Wahrnehmung der Dienstleistungs- und Aufsichtsfunktion, die ihren Schwerpunkt in einer veränderten Rolle als Serviceeinrichtung versteht, ist genauso wichtig, wie das ständige Bemühen von Schulverwaltung und Schulleitung nach Optimierung der Prozesse, um unnötige Arbeitsbelastungen in den Schulen zu verhindern.

Von den verantwortlichen Bildungspolitikern wird erwartet, dass der Bildungspolitik nicht nur in Sonntagsreden ein hoher Stellenwert zuteil wird. Bei der Verteilung knapper Haushaltsmittel müssen klare Prioritäten für Bildung gesetzt werden und das Bild der Lehrerinnen und Lehrer darf in der Öffentlichkeit nicht weiter aus wahltaktischen Gründen beschädigt werden. Im Gegenteil: Eine angemessene Würdigung der erzieherischen Aufgaben der Lehrkräfte und eine entsprechende Einordnung in das Lohn- und Gehaltsgefüge des Arbeitsmarktes sind von essentieller Bedeutung. Es muss Schluss sein mit einer Politik, die ständig neue Belastungen von den Schulen zum Nulltarif einfordert.

Damit dies gelingt und der Reformprozess nicht zu unerträglichen Belastungen führt, brauchen die berufsbildenden Schulen starke Interessenvertretungen und brauchen starke Personalräte. Als Bildungsgewerkschaft tritt der **vlw** auf allen Ebenen ein für die Interessen der Lehrkräfte an wirtschaftsberuflichen Schulen.

Der **vlw** und seine Vertreterinnen und Vertreter kämpfen offensiv dafür

- Erreichtes zu verteidigen
- neue, pädagogisch sinnvolle Konzeptionen umzusetzen und
- auf Rechtsansprüche niemals zu verzichten.

Mit Ihrer Stimme werden wir unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen können.

Werben Sie an Ihrer Schule für die vlw-Liste,

- wählen Sie Ihre **vlw** -Vertreterinnen und Vertreter in den Hauptpersonalrat,
- wählen Sie Ihre **vlw** -Kandidatinnen und Kandidaten in Ihren Örtlichen Personalrat.

Mit kollegialen Grüßen

Georg Jooß

Arbeitsplatz BBS in der Diskussion

Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien und Landesdelegiertenversammlung des vlw am 06. Februar 2001 in Emmelshausen

Wie Georg Jooß, Landesvorsitzender des vlw, in seiner Begrüßung deutlich machte, hat der vlw die Veranstaltung unter das Generalthema „**Arbeitsplatz Berufsbildende Schule**“ gestellt, da dramatische Veränderungen der Berufs- und Arbeitswelt auch die Schulen mit großen Problemen belasten. Sein besonderer Dank galt den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Landtag von Rheinland - Pfalz vertretenen Parteien, die sich bereit erklärt hatten, in der **Podiumsdiskussion** am Vormittag Fragen zum Thema „Arbeitsplatz Berufsbildende Schule“ aus der Sicht ihrer Parteien zu beantworten. In diesem Zusammenhang dankte Herr Jooß unserem Vorstandsmitglied Herrn Dr. Peege, dem Leiter der Sparkassenakademie, ganz herzlich für die Übernahme der Moderation dieser Diskussion.



- Die Belastungszunahme an den BBS verdeutlichte Georg Jooß beispielhaft:
- **Lehrernachwuchsprobleme an Berufsbildenden Schulen** wegen der unsinnigen Kürzung der Referendarbezüge, die heute gerade noch auf dem Niveau der Vergütung im dritten Ausbildungsjahr liegen und bei weitem nicht an die Vergütungen der Privatwirtschaft für junge Akademiker/-innen heranreichen.
- **Veränderte Einstellungen und Verhaltensweisen der Schüler/-innen** aufgrund **veränderter sozialer und familiärer Strukturen**.

Durch die Landesregierung und ihre Administration verursachte Probleme:

- **Unzureichende technische Ausstattung des Arbeitsplatzes der Lehrer/-innen** mit Arbeitsmitteln.
 - **Schlechte Einstellungsbedingungen**, quälende **Diskussion über Zwangsteilzeit** zu einem Zeitpunkt, als bereits Lehrermangel herrschte.
 - **Arbeitszeiterhöhung von 23 auf 24 Stunden** und ab **2003 das Zwangsansparmodell auch an Berufsbildenden Schulen**.
 - **PauSE als Einsparungsinstrument** - 5 % Einsparung bei der Lehrerversorgung mit der Folge größerer Klassen und Arbeitsverdichtung.
 - **Unterrichtsausfall von 6,5% an Berufsbildenden Schulen**; diese Zahl nannte auch Herr Staatsminister Professor Zöllner vor wenigen Wochen. Hierbei handelt es sich um Pflichtunterricht; der an vielen Schulen dringend erforderliche Wahl- oder Förderunterricht ist hier nicht eingerechnet. Die Landesregierung bezifferte in einer Veröffentlichung diesen Stundenausfall mit 5,58 %, eine Zahl, die für den Landesvorstand aufgrund der o. e. Tatsachen nicht nachvollziehbar ist.
 - **Durchführung inhaltlicher Reformen ohne ausreichende theoretische Absicherung**, z. B. die Vorgriffsregelungen zur Benotung des berufsbezogenen Unterrichts, die erst mit zwei Jahren Verspätung durch eine Verordnung legalisiert wurden, aber auch heute noch nicht funktionieren.
 - **Einführung von „Lernfeldern“ ohne hinreichende Klärung des Zusammenhangs zwischen Prozess- und Fachsystematik**. Ein solches Vorgehen stellt nach Verbandsansicht die Unterrichtsqualität in Frage.
 - **Organisatorische Mängel bei der Errichtung der ADD** haben viele Lehrer verärgert. So unterrichten z. B. Junglehrer/-innen teilweise monatelang ohne Arbeitsverträge und warten daher auch so lange auf ihre Bezüge.
- Die Verwaltungswege sind mit Einführung der ADD nicht einfacher, sondern komplizierter und zeitaufwendiger geworden.

- Ungenügende Vorbereitung wichtiger Maßnahmen verärgert die Kollegen, so z. B. die Einführung eines neuen Beurteilungssystems oder die Einführung von Leistungselementen in die Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer.

Bei so vielen Problemen erstaunt es nicht, dass viele ältere Kolleginnen und Kollegen größere gesundheitliche Probleme haben und daher **vorzeitig pensioniert werden**.

Gerade bei diesem Personenkreis hat sich **als Folge der Streichung der Altersermäßigung und Erhöhung der Wochenstundenzahl die wöchentliche Arbeitszeit um 14 %** im Vergleich zu 1992 erhöht.

Nach Ansicht des **vlw** war die Streichung der Altersermäßigung eine falsche Entscheidung, da sie nur Verlierer geschaffen hat. Daher fordert der Verband mit allem Nachdruck die **Wiedereinführung der Altersermäßigung**.

Alle o. a. Probleme und Schwierigkeiten – und damit schließt sich der Kreis zu der Frage einer ausreichenden und qualifizierten Nachwuchsversorgung – **sprechen sich aber auch bei potentiellen Bewerbern/Bewerberinnen herum. Dies beweisen die halbleeren Studienseminare und die entsprechenden Verhaltensänderungen der Studierenden.**

In der anschließenden Diskussionsrunde mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Landtag vertretenen Parteien wurden die **Arbeitsbedingungen in unseren Schulen** und der Arbeitsplatz Schule erörtert.



Nach Aussage der **bildungspolitischen Sprecherin der SPD, Frau Ursula Brede-Hoffmann**, steht PauSE auf dem Prüfstand, da immer weniger Schulen daran teilnehmen. Das Ansparmodell soll ab 2003 gelten, wenn der Schülerberg in unseren Schulen abnimmt. Weitere Änderungen sind ab 2006 geplant.

Weitere Änderungen sind ab 2006 geplant.

Frau Brede-Hoffmann führte weiterhin aus, dass bekannt ist, dass die Schülerzahlen in unseren Schulen zunehmen und gleichzeitig die Zahl der Pensionärinnen und Pensionäre steigt. Dies hat zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung. Daher fördert die Landesregie-

rung in besonderem Maße den Bildungshaushalt. Es muss sichergestellt werden, dass jährlich Einstellungen vorgenommen werden können. Jedoch ist unser Land nicht konkurrenzfähig zur Privatwirtschaft, die junge Kolleginnen und Kollegen mit höheren Zahlungsangeboten abwirbt. Außerdem ist festzustellen, dass Lehrerinnen oder Lehrer für bestimmte Fächer nicht vorhanden sind. Zu den Referendarbezügen führte sie aus, dass diese umgehend überdacht, neu geregelt und umgesetzt werden sollten. Die Frage der 3/4-Verträge wurde nach ihrer Ansicht eingehend mit den Lehrverbänden erörtert. Kurzzeitverträge (zwei bis drei Jahre) lehnt die Landesregierung ab.

Zur ADD erklärte die bildungspolitische Sprecherin der SPD, dass in Trier in erster Linie nur „Entscheidungen am PC“ getroffen werden sollten. Alle übrigen Entscheidungen müssten möglichst in den Schulen selbst vorgenommen werden. Warum die von unserem Verband aufgezählten Probleme nicht vor der Einrichtung der ADD gelöst wurden, ist Frau Brede-Hoffmann unerklärlich. Nach ihren Worten wurde das Personal der ADD mittlerweile verstärkt, so dass es weniger Schwierigkeiten geben dürfte. Sollten dennoch Probleme auftauchen, so empfiehlt sie, die Landtagsabgeordneten vor Ort einzuschalten.

Das negative Lehrerbild ist nach Meinung der bildungspolitischen Sprecherin der SPD ein gesellschaftliches Problem. Das führt auch dazu, dass Beratungen der Lehrerinnen und Lehrer von vielen Eltern nicht anerkannt werden.

Frau Brede-Hoffmann versprach dem Vorwurf nachzugehen, das MBWW habe Zeugnisse mit Lernfeldern vorgeschrieben, für die keine Rechtsgrundlage bestehe. Zudem seien dies Zeugnisse, die man den Schülerinnen und Schülern nicht erklären und die von den Vertretern der Wirtschaft nicht verstanden würden.

Der **bildungspolitische Sprecher der CDU, Herr Erhard Lelle**, verwies darauf, dass das Ausland sehr stark an unserem „dualen Modell“ interessiert ist.



Es ist daher für ihn unverständlich, dass man bei uns wenig Interesse für den „dualen Partner Schule“ aufbringt, sonst könnte es nicht zu einem Unterrichtsausfall von 30.000 Stunden kommen. Diese Tatsache

bedingt u. a. auch eine höhere Belastung der aktiven Lehrkräfte, was zu Frühpensionierungen führt. Daher muss nach seiner Ansicht die Altersermäßigung wieder eingeführt werden.

Das Lehrernachwuchsproblem ist nach Ansicht des bildungspolitischen Sprechers der CDU nicht nur eine Folge der abgesenkten Referendarbesoldung, sondern auch der 3/4-Verträge, welche ein geringeres Gehalt bedeuten. Die Folge davon ist, dass junge Kolleginnen und Kollegen in andere Bundesländer abwanderten und abwandern, die diese Einschränkungen nicht kennen. Auch das negative Lehrerbild in der Öffentlichkeit führt keine jungen Leute als Lehrer/-innen in die Schulen. Wenn dem nicht entgegengewirkt wird, wird es dazu kommen, dass für den Schülerberg zu wenig Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Nach Ansicht des bildungspolitischen Sprechers der CDU erfordert die Bildungspolitik die Zusammenarbeit aller Parteien des Landes.

Zu den bildungspolitischen Maßnahmen erklärte Herr Lelle, dass die überhöhte Lehrerbelastung sofort abgebaut und die angeführten negativen Beispiele abgestellt werden müssen. Nur so lassen sich nach seiner Meinung genügend Lehrer/-innen gewinnen und damit das Land dann eine „Unterrichtsgarantie“ geben.

In diesem Zusammenhang forderte der bildungspolitische Sprecher der CDU die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu verbessern und damit auch die Fortbildung der Lehrkräfte durch die Wirtschaft zu intensivieren.

Zur Frage nach der ADD erklärte Herr Lelle, dass deren Probleme alleine schon durch die Größe dieser Behörde bedingt seien, da die alten Bezirksregierungen die wenigsten dieser Probleme zeigten. Eine „vernünftige Mittelinstanz“ ist nach seiner Meinung erforderlich, da sich nicht alle Probleme mit dem PC lösen lassen. Auch sollten „politische Schnellschüsse“ vermieden werden.

Die Lösung von schulischen Erziehungsproblemen muss nach Ansicht des bildungspolitischen Sprechers der CDU bereits in der Grundschule beginnen und erfordert eine Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus. Auch sollten die Schulen bessere Möglichkeiten haben, Verstöße zu ahnden.

Der **bildungspolitische Sprecher der F.D.P, Herr Kuhn**, verwies darauf, dass die Arbeitszeit nicht nur für Lehrer/-innen, sondern auch für alle übrigen Beamtinnen und Beamte angehoben wurde. Die

finanzielle Lage des Landes bot nach seiner Ansicht keine andere Alternative.

Herr Kuhn nannte als weiteren Grund für das Lehrernachwuchsproblem die Altersstruktur der Lehrkräfte. Viele Kollegien seien überaltert.



Um den Lehrerberuf für junge Menschen wieder attraktiv zu machen, sind die Rahmenbedingungen für Lehrer/-innen zu verbessern. Dazu muss nach seiner Ansicht die Referendarbesoldung wieder angehoben, müssen die Schulen moderner und technisch besser ausgestaltet und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, auch in Bezug auf die Fortbildung, verbessert werden. Schließlich muss auch endlich Schluss sein mit der „Lehrerschelte“.

Der bildungspolitische Sprecher der F.D.P. kennt die Anfangsprobleme mit der ADD. Noch bestehende Probleme lassen sich nach seiner Meinung durch Gespräche schnell abstellen. Das vorgesehene Beurteilungssystem muss nach Auffassung von Herrn Kuhn noch überarbeitet werden, da mit dem vorliegenden Entwurf kein Qualitätsmanagement erreichbar ist.

Die **Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Grütz-
macher**,

forderte die Einstellung von Lehrern/Lehrerinnen in den Fächern, die einen hohen Unterrichtsausfall aufweisen. Ihr ist jedoch bekannt, dass diese Lehrkräfte nicht vorhanden sind. Nach ihrer Ansicht war der derzeitige Lehrermangel voraussehbar, da seit dem letzten Jahr der Schülerberg an den Berufsbildenden Schulen ansteigt, aber gleichzeitig auch mehr Kolleginnen und Kollegen pensioniert wurden und noch werden. Frau Grützmacher vertritt die Auffassung, dass die Einstellung von Lehrkräften in erster Linie nach dem Bedarf und nicht ausschließlich nach den vorgesehenen Geldmitteln zu erfolgen hat. Sollte der Einstellungsmodus von Lehrer/-innen nicht geändert werden, so fehlen nach ihrer Aussage in fünf Jahren ca. 1.000 Lehrkräfte. Eine so große Anzahl ist dann aber nicht auf einmal zu erhalten. Die Gewinnung junger Menschen für das Studium von Mangelfächern sollte bereits in den Schulen beginnen. Denn auch noch heute ergreifen Abituri-



entinnen und Abiturienten gerne den Lehrberuf und lassen sich nicht von den finanziellen Angeboten der Wirtschaft beeinflussen. Jedoch ist es dringend erforderlich, die Referendarbezüge zu erhöhen und das Ansehen der Lehrerinnen/der Lehrer und des Lehrerberufes insgesamt zu verbessern. Mit der Einstellung fachfremder Lehrer/-innen wurden schlechte Erfahrungen gemacht. Daher muss diese Frage nochmals überdacht werden. Ferner sollten UMTS-Mittel zur Systembetreuung zur Verfügung gestellt werden.

Die Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen war nicht der Meinung, dass sich die Probleme mit der ADD schnell verringern. Daher stellte sie die Frage in den Raum, ob diese Schwierigkeiten nicht schneller mit der Rückkehr zu den „alten Bezirksregierungen“ zu lösen seien.

Ferner bot Frau Grützmaker zur Lösung von Problemen mit der ADD an, sich an sie oder ihre Partei zu wenden.

In der Frage der Ausgestaltung der Zeugnisse aufgrund der Lernfelder teilte die Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen unsere Verbandsmeinung. Sie wird sich um eine Nachbesserung bemühen.

Zum Abschluss erklärte Frau Grützmaker, dass die Lehrer/-innen an Berufsbildenden Schulen am ehesten „veränderungsbereit“ seien.

Die „hausgemachten“ Probleme der Landesregierung, des MBWW und der Schulaufsicht griffen viele Diskussionsteilnehmer aus dem Plenum unter heftiger Kritik auf, vielfach unter großem Beifall der Kolleginnen und Kollegen.

So wurde u. a. das schlechte Ansehen der Lehrer/-innen in der Öffentlichkeit verurteilt. Bei der Anwerbung von nicht originär ausgebildeten Lehrkräften wurde gefordert, dass Rheinland-Pfalz keine „Panikentscheidungen“ oder „Schnellschüsse“ mittragen sollte. Kritisiert wurde, dass der sich abzeichnende Lehrermangel auf die katastrophale Stellenpolitik des MBWW zurückgehe (jahrelang 3/4-BAT). Auf die Frage eines Kollegen, ob Lehrer/-innen Beamte oder Angestellte sein sollten, sprachen sich die politischen Vertreter/-innen für den Beamtenstatus aus.

Eine Kollegin beklagte, dass die ADD den Beschwerden von Eltern glaubt, ohne die „andere Seite“, d. h. die Schule, die Kollegin oder den Kollegen zu hören. Ein solches Verhalten zerstört das Vertrauensverhältnis und wirkt demotivierend auf die Lehrer/-innen.

Ein Kollege beschwerte sich bei Frau Brede-Hoffmann, dass Lehrer/-innen mit einer Klage der Eltern rechnen müssen, wenn sie eine Schülerin/einen Schüler aus dem Unterricht verweisen, der sie in übelster Weise beschimpft hat. Die bildungspolitische Sprecherin der SPD versprach, beide Vorfälle mit dem MBWW zu erörtern.

Zudem wurde beklagt, dass man beim Vorgehen gegen problematische Schüler zu wenig Unterstützung seitens der Schulaufsicht habe. Auch wurden die Sanktionsmöglichkeiten bei zunehmend problematischeren Schülern bemängelt.



Skandierenden Beifall der Diskussionsteilnehmer gab es bei der Kritik von H.-W. Seyler

(Kaiserslautern) an der Berufsbezogenen Note im Berufsschulzeugnis, die eine Zumutung in der Berechnung sei und weder von den Schülern noch von den Ausbildungsbetrieben verstanden werde. Antwort dazu von F. Grützmaker: „Verstehe den Frust über das Zeugnis“.

Und U. Brede-Hoffmann: **„Dieses Zeugnis ist der absolute Irrsinn!“**

Der Diskussionsleiter, Herr Dr. Peege, bedankte sich bei den bildungspolitischen Sprecherinnen und

Sprechern für ihre Aussagen und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die rege Beteiligung an der Diskussion.

Er schloss die Diskussionsrunde mit der Bitte an die Politikerinnen und Politiker, hier insbesondere an jene, die nach der Wahl am 25. März 2001 die Verantwortung tragen werden, darauf zu achten, dass eine Unterstützung der Schulen volkswirtschaftlich gesehen die größte Rendite gewährleistet. Der Landesvorsitzende Georg Jooß dankte den Politikerinnen und Politikern für ihr Kommen und ihre offenen Antworten auf die gestellten Fragen, Herrn Dr. Peege für die vortreffliche Diskussionsleitung und den Delegierten für ihr positiven Diskussionsbeiträge.

Delegiertenversammlung im Zeichen der Personalratswahlen

In einem Kurzbericht verwies Georg Jooß u. a. auf unseren großen Erfolg bei den Wahlen zum ADD-Personalrat und die Entwicklung unseres Schulwesens, die nicht ganz so erfolgreich verlief.

Positiv anzumerken ist die Einführung der Altersteilzeit. Eine Wiedereinführung der Altersermäßigung gelang uns trotz größter Bemühungen leider bisher nicht.

Große Verärgerungen hat auch das Verfahren zur Beförderung nach A 14 ausgelöst. Das MBWW hat zwar das Gerichtsurteil nicht zu verantworten, jedoch die Reaktionen darauf, so die kurzfristige Hektik durch eine Vielzahl fragwürdiger Beurteilungen im Frühjahr und dann die Ankündigung, dass ein neues Beurteilungssystem kommt. Die damit verbundene Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen ist ein Skandal.

Erhebliche Bedenken äußerte der Landesvorsitzende zur geplanten Umsetzung der Leistungselemente bei der Besoldung. Die Zahl der Begünstigten ist gering und wirkt daher demotivierend.



Anschließend verabschiedete Herr Jooß zwei Mitglieder des Landesvorstandes.

Herr Willemsen scheidet aus persönlichen Gründen aus. Der Landesvorsitzende dankte ihm für seine kollegiale, konstruktive und loyale Mitarbeit im Vorstand und seine ehemalige Tätigkeit als Bezirkskassierer des BV Koblenz sowie als Ortsvorsitzender des OV Bad-Neuenahr-Ahrweiler.

Herr Geib legt sein Amt als Vorsitzender des Ausschusses Lehrerbildung/Junge Wirtschaftspädagogen nieder, da er sich den Tätigkeitsbereich etwas anders vorgestellt hat. Der Landesvorsitzende dankte Herrn Geib für seine Tätigkeit im Landesvorstand, im Vorstand des Ortsverbandes Mayen und im Bezirksvorstand Koblenz.



Nachgewählt in den Landesvorstand wurden mit sehr großer Mehrheit Herr Jürgen Kettner (Bad Neuenahr), zum stellvertretenden Vorsitzenden des Landesvorstandes und Herr Gregor Gebhard (Trier), zum Vorsitzenden des Ausschusses Lehrerbildung/Junge Wirtschaftspädagogen.

Für die Landesliste zur Wahl des HPR wurden folgende Kandidatinnen und Kandidaten gewählt:

Platz: Herr Jooß, BBS Wirtschaft I Ludwigshafen,
 Platz: Herr Kettner, BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler,
 Platz: Herr Fuß, BBS Alzey,
 Platz: Herr Ruf, BBS Bernkastel-Kues,
 Platz: Frau Grimmer, BBS Cochem,
 Platz: Frau Collins, BBS Wirtschaft Kaiserslautern,
 Platz: Frau Arnold, BBS Bingen,
 Platz: Herr Flöck, BBS Wissen,
 Platz: Herr Gregor Gebhard, BBS Trier Wirtschaft,
 Platz: Herr Storck, BBS Landau,
 Platz: Frau Strubel, BBS Lahnstein,
 Platz: Frau Macher, BBS III Mainz,
 Platz: Frau Gräff-Kaul, BBS Bitburg,
 Platz: Herr Paulus, BBS Südliche Weinstraße,
 Platz: Herr Jungblut, BBS Wirtschaft Neuwied,
 Platz: Herr Kienzle, BBS Wirtschaft Worms,
 Platz: Herr Stumps, BBS Gerolstein,
 Platz: Frau Antony-Hatzfeld, BBS Frankenthal,
 Platz: Frau Haggemüller, BBS Cochem,
 Platz: Herr Niederstein, BBS III Mainz,
 Platz: Herr Jungmann, BBS Wittlich,
 Platz: Herr Bey, BBS Rockenhausen,
 Platz: Herr Schneider, BBS Wirtschaft Idar-Oberstein,
 Platz: Frau Rautmann, BBS Alzey.

Der Antrag „Aufnahmevoraussetzungen BFW“ (OV Kaiserslautern) wurde nach Abänderung angenommen.

Der Antrag „Schülerzahl BFW“ (BV Trier) wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Prüfung der **Kasse des Landesverbandes** durch die Herren Hatzfeld und Josef Müller ergab, dass diese ordnungsgemäß geführt worden war. Auf Vorschlag der Kassenprüfer wurde der Landes-schatzmeister Bernd Zinßius einstimmig für das Haushaltsjahr 200 entlastet.

Im Anschluss berichtete B. Zinßius über den Haus-haltsvollzug zum 31.12.2000. Hierbei verwies er darauf, dass der Beitragseinzug weiterhin über die Bezirkskassierer erfolgt, und zwar ab diesem Jahr in Euro. Der vorgelegte Haushaltsplan wurde einstimmig verabschiedet.

Als letzter Punkt erfolgte die Verabschiedung der **Rechtsschutzordnung des vlw**, deren Vorlage Herr Lemke kurz erläuterte. Die Verabschiedung erfolgte einstimmig.

Zum Abschluss dankte der Landesvorsitzende allen Anwesenden nochmals für ihre Teilnahme und die rege Beteiligung an der Podiumsdiskussion am Vor-mittag sowie für die zügige und gute Mitarbeit bei der Erledigung der Tagesordnung während der Delegiertenversammlung am Nachmittag.

Dank sprach Georg Jooß den Vertreterinnen und Vertretern des Bezirksverbandes Koblenz -insbeson- ders Herrn Kormann - und allen anderen Helferinnen und Helfern aus, die dazu beigetragen haben, dass diese Delegiertenversammlung so gut und har- monisch verlaufen ist.

Folgende Anträge wurden von der Delegier-tenversammlung angenommen:

„Systembetreuung“ (OV Kaiserslautern)

„Anerkennung von Internet und multimedialer Komponenten für den PC“ (BV Pfalz)

„Klassenfrequenz in der BFW“ (BV Koblenz)

„Leistungsbezogene Elemente der Besoldung“ (BV Rheinhessen)

„Volle leistungsbezogene Besoldung für Teilzeit-kräfte“ (BV Rheinhessen)

„Fortbildungsveran- staltungen“ (OV Alzey).




Diese Überschrift einer rheinland-pfälzischen Tageszeitung im Februar 2001 ist kennzeichnend für die gegenwärtige Situation.

Eigentlich konnte es jeder schon seit Jahren auch in den offiziellen Prognosen und Studien der Kultusminister nachlesen. Bereits 1995 wurde in den Plan- daten der KMK für die Jahre 2000 bis 2005 ein erhebliches Lehrerverdefizit für BBS ausgewiesen. Aber offensichtlich trauen die Kultusminister den Prognosen ihrer eigenen Mitarbeiter nicht, sonst hätten sie doch früher reagieren müssen.

Der vlw hat jahrelang und massiv auf das vorhersehbare Defizit an Lehrern hingewiesen. Stellvertretend ein Redeauszug von G. Jooß 1999 anlässlich der Festveranstaltung 50 Jahre vlw Rheinland-Pfalz: „Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn immer mehr bestens qualifizierte Nachwuchspädagogen Rheinland-Pfalz den Rücken kehren ... Hier bahnt sich eine dramatische Versorgungslücke an ...“ Umso ärgerlicher ist es, dass noch vor einem Jahr bestens ausgebildete Nachwuchskräfte durch schlechte Einstellungskonditionen in andere Beschäftigungsbe- reiche „verjagt“ wurden.

Gleichzeitig ist der strukturelle Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen mit ca. 6% nach wie vor unerträglich hoch. Die Berufsschule ist weiterhin nicht in der Lage, ihren gesetzlich verankerten Bildungsauftrag in dem erforderlichen Umfang zu erfüllen. **Nach wie vor fällt in den Berufsbilden- den Schulen der Pflichtunterricht aus!** Während andere Schularten bei ihrer Werbung schon unver- hohlen mit dem Slogan „in manchen Stunden fin- det Unterricht in einer Stunde mit zwei Lehrkräften statt“ ihre Qualität heraus stellen, können unsere Lehrkräfte von Teamteaching nur träumen, werden sie vielmehr in Klassen mit immer größeren Schüler- zahlen eingesetzt.

Lange Jahre wurden uns zusätzliche Stellen verwei- gert mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, diese bei steigenden Schülerzahlen für andere Schularten zu benötigen. Damals gab es genügend Bewerber. Nun werden zwar zusätzliche Stellen ausgewiesen, die aber mangels qualifizierter Bewerber nicht mehr besetzt werden können. - Absicht? Dabei wird sich die Schere zwischen steigenden Schülerzahlen und gleichzeitig hohen Pensionierungen in den nächsten Jahren erst richtig öffnen.



Unterrichtsausfall und Nachwuchssicherung für Berufsbildende Schulen oder: MBWW „auf der Jagd nach Lehrern“

Der vlw fordert:

- Wenigstens jetzt alles zu tun, dass die Refe- rendare, die im Früh- jahr ihre Ausbildung erfolgreich beenden, unabhängig von der Fächerkombination direkt auf volle Beam- tenstellen übernom- men werden, da sie für die Unterrichtsver- sorgung dringend gebraucht werden.
- Sofortige Verbesse- rung der finanziellen Bedingungen für das Referendariat durch einen Mangelzu- schlag von 1000 DM pro Monat.

- Schluss mit den ständigen Einkommensver- schlechterungen. Qualität hat ihren Preis!

Gleichzeitig warnen wir vor einer Überreaktion.

- Nicht jeder Bewerber, der sich zur Zeit als sogen. „Quereinsteiger“ für den Lehrerberuf interessiert, ist auch geeignet. In Bewerbergesprächen müssen potenziellen Bewerbern die Belastungen verdeut- licht werden, welche der Arbeitsplatz BBS heute mit sich bringt. Diejenigen, die sich dessen bewus- st sind, sind in unseren Schulen willkommen. Die positiven Beispiele von Quereinsteigern aus frühe- ren Zyklen des Lehrermangels sind der praktische Beweis dafür.

Der derzeitige Erfahrungs- und Reifestand der Erarbeitung lernfeldstrukturierter Lehrpläne ist unzureichend. Die KMK beschließt Lehrpläne auf einem Niveau, das deutlich unterhalb der von ihr selbst formulierten Qualitätsstandards liegt. Dies wird auch immer mehr in kritischen wissenschaftlichen Kommentaren deutlich. Die Inhalte sind zudem auf relativ abstraktem Niveau, so dass gerade hierzu umfangreiche Nacharbeiten vor Ort erforderlich sind. Mindeststandards offener Lehrpläne werden nicht eingehalten, es sei denn man verwechselt „offen“ mit „Chaos“.


Das Land Rheinland-Pfalz nimmt sich aus der eigenen Verantwortung, indem es die Umsetzung der Lehrpläne den Schulen überlässt. Mehr pädagogische Entscheidungsspielräume vor Ort und „selbstverantwortete Autonomie“ wird dies genannt. In erster Linie bedeutet es aber Mehrarbeit, Doppelarbeit und offene Fragen in den Schulen.

Wer hier von Reform redet, verkennt die Situation vor Ort.

Gleichzeitig werden die Schulen mit einem Benotungssystem konfrontiert, das in seiner Endfassung nach einem zweijährigen „Feldexperiment“ mit ständigen Änderungen nun endgültig – rückwirkend - in Kraft ist, aber immer noch deutliche Mängel aufweist. Bei Umfragen erfährt man, dass von Schule zu Schule unterschiedlich vorgegangen wird. Unklarheit besteht immer noch in mehreren Punkten. Die Transparenz der Benotung geht gegen Null. Schüler und Ausbilder können in der Regel die Benotung nur unzureichend oder gar nicht nachvollziehen.

Es scheint so, als ob derzeit Glaubensgewissheiten höher rangieren als Erfahrungen, Lehrplanillusion höher als Unterrichtsrealität, Fortschrittssymbolik höher als pädagogische Einsicht.

Schule und Unterricht sind jedoch keine naturwissenschaftlichen Laborveranstaltungen, bei denen Fehlversuche ohne schwerwiegende Folgen erlaubt wären. Außerdem wird mit der Ressource „Zeit“ der Kolleginnen und Kollegen in sträflicher und unverantwortlicher Weise umgegangen!



Vernetzte Curricula in der Berufsschule und pädagogisch sinnvolle Notengebung

- vlw gegen „ungeschützte Feldversuche
am lebenden Objekt“ -

Der vlw fordert:

- Umsetzung des Lernfeldkonzepts in einem sinnvollen Zusammenhang zu Basis- und Strukturwissen und zum Fachprinzip in Form vernetzter Curricula.
- Abschaffung der Benotung „BBU“ in der jetzigen Form. Dabei soll die Berücksichtigung der Leistungen während des gesamten Bildungsganges im Abschlusszeugnis beibehalten werden.

- Zusammenfassung der Benotung von Lernfeldern zu Fächern, die in einem sinnvollen Zusammenhang stehen; in der Regel sind dies im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung die drei kaufmännischen Kernqualifikationen aus dem Bereich Allgemeine und Spezielle Wirtschaftslehre sowie Rechnungswesen/Controlling.


- Umfassende inhaltliche Diskussion über die curriculare Weiterentwicklung in allen Ausbildungsberufen unter dem Einfluss der dramatischen Veränderungen durch die Informations- und Kommunikationstechnologien. Beseitigen wir nicht die erheblichen Defizite in diesem Bereich, werden wir unserer pädagogischen Verantwortung für die Zukunft unserer Schüler nicht gerecht.

Bis 1998 bestand über Jahrzehnte Konsens über die Notwendigkeit von Altersermäßigungsstunden für ältere Kolleginnen und Kollegen. Der Konsens beruhte in erster Linie darauf, dass Lehrkräfte mit zunehmendem Alter nicht in der jeweiligen Unterrichtsstunde entlastet werden können, da es für eine Lehrkraft nicht möglich ist sich im Unterricht mit verminderter Leistung einzubringen. Dies würde unter anderem zum sofortigen Ansteigen des Geräuschpegels in der Klasse führen und automatisch zu noch mehr Stress für die Lehrkraft. Altersermäßigung ist damit ein wesentlicher Bestandteil zur Sicherung der Unterrichtsqualität und zur Erhaltung der Gesundheit der Lehrkräfte in den letzten Berufsjahren.

Diesen Konsens hat die Landesregierung mit ihrer Entscheidung aufgegeben, indem sie im Zusammenhang mit der Einführung der Altersteilzeit die Altersermäßigung für alle Lehrkräfte bis 63 Jahre gestrichen hat. Der vlw begrüßt ausdrücklich die Einführung der Altersteilzeit, da sie für die Schulen in der zurzeit bestehenden ungünstigen Altersstruktur ein hervorragendes Instrument zur Personalentwicklung darstellt.

Die Inanspruchnahme der Altersteilzeit bedeutet jedoch auch einen deutlichen Einkommensverzicht. Aus mehreren Gründen wird deshalb ein Teil der Kolleginnen und Kollegen die angebotene Altersteilzeit nicht in Anspruch nehmen können. Diese Lehrkräfte, die 25 bis 35 Jahre engagierte Arbeit für die heranwachsende Generation geleistet haben, müssen nun mit 58 oder 59 Jahren im Vergleich zu 1995 eine **Arbeitszeiterhöhung von 14,3% ohne Lohnausgleich** hinnehmen. Gleichzeitig haben sich für sie die Regelungen zur Pensionierung durch Versorgungsabschlag und Heraufsetzung der Antragsaltersgrenze deutlich verschlechtert. Von allen weiteren Verschlechterungen sind sie ebenso betroffen.

Die Streichung der Altersermäßigung ist empörend, absolut ungerecht und ein Skandal! Der Dienstherr wird seiner Verpflichtung gegenüber seinen Mitarbeitern nicht mehr gerecht. Außerdem spaltet er die älteren Kolleginnen und Kollegen in „Geber“ und „Nehmer“ ohne direkten inhaltlichen Bezug, denn die Entscheidung des einen Kollegen für Altersteilzeit hat überhaupt keinen sachlichen Zusammenhang zur Arbeitszeit eines anderen Kollegen.



Wiedereinführung der Altersermäßigung unverzichtbarer Teil sinnvoller Personalpolitik

- Die Streichung der Altersermäßigung
kennt nur Verlierer -

Der vlw fordert:

- Wiedereinführung der Altersermäßigung auf der Basis von 1995 für alle Lehrkräfte ab 55 Jahren, welche keine Altersteilzeit in Anspruch nehmen.

„Da erstaunt nicht, dass wir eine hohe Zahl an Frühpensionierungen aufgrund großer gesundheitlicher Probleme bei den älteren Kolleginnen und Kollegen haben. Kein Wunder, haben doch die älteren Kolleginnen und Kollegen zu den oben angesprochenen Schwierigkeiten als Folge der Streichung der Altersermäßigung plus Erhöhung der Wochenstundenzahl eine um 14% erhöhte Arbeitszeit im Vergleich zu 1992. **Ich sage hier mit aller Deutlichkeit, die Streichung der Altersermäßigung war eine falsche Entscheidung, die nur Verlierer hervorgebracht hat. Der vlw fordert mit allem Nachdruck deren Wiedereinführung!**“

chienen Schwierigkeiten als Folge der Streichung der Altersermäßigung plus Erhöhung der Wochenstundenzahl eine um 14% erhöhte Arbeitszeit im Vergleich zu 1992. **Ich sage hier mit aller Deutlichkeit, die Streichung der Altersermäßigung war eine falsche Entscheidung, die nur Verlierer hervorgebracht hat. Der vlw fordert mit allem Nachdruck deren Wiedereinführung!**“

Der Landesvorsitzende Georg Jooß in seiner Einführungsrede anlässlich der Podiumsdiskussion in Emmelshausen

PauSE als „pauschalierte Sollstunden-Ermittlung“ hat im Ansatz positive Elemente. Richtig ist, dass der Lehrbedarf in einen unmittelbaren Zusammenhang zur Schülerzahl einer Schule gebracht wird und Entscheidungen delegiert werden. Schulen erhalten damit mehr Eigenverantwortung und ein flexibles Planungsinstrument, um nach den Bedürfnissen vor Ort Entscheidungen über Klassenbildungen und Klassenteilungen zu treffen.


PauSE hat jedoch zwei schwerwiegende „Geburtsfehler“. Auf der einen Seite orientieren sich die Strukturkennzahlen am Status quo des Jahres 1997. Damit kam es zur Festschreibung struktureller Probleme bzw. Ungleichgewichte. Insbesondere ist nicht nachvollziehbar, weshalb man Bereiche, die über Jahre schlecht organisiert hatten, nun durch bessere Kennziffern dafür belohnt, während besser organisierte Bereiche zur Strafe schlechtere Kennziffern erhalten. Das ist altes planwirtschaftliches Denken.

Auf der anderen Seite wurde die Einführung von PauSE mit einer gravierenden Einsparauflage von 5% gekoppelt, welche in einem Zeitraum von 5 Jahren von den BBS zu erbringen ist. Die Konsequenz ist dramatisch. Handelt es sich doch um ein Zwangsinstrument zur Bildung großer Klassen und verschlechtert gleichzeitig die strukturelle Unterrichtsversorgung in der Fläche sowie die Bildung von Fachklassen. Zunehmend haben Schulen nach Optimierung ihrer Klassen Schwierigkeiten die jährlich verschärften Einsparauflagen zu erfüllen. Immer mehr Schulen können nicht mehr an PauSE teil nehmen. Häufig geht PauSE auch zu Lasten der berufsübergreifenden Fächer, wo durch Zusammenlegung nicht verantwortbare Klassengrößen gebildet werden, um in Y-Zügen Fachklassen zu erhalten.

PauSE verkommt damit zum Zwangsinstrument und verliert seine Möglichkeiten, in pädagogisch sinnvollen Eigenverantwortung Schule vor Ort zu organisieren.

Der vlw fordert deshalb:

- Stopp der Einsparauflage für das kommende Schuljahr, da sonst viele Schulen wieder zwangsweise aus dem System aussteigen müssen, sofern sie noch pädagogisch verantwortbare Klassengrößen bilden wollen.
- Evaluation und erneute Diskussion der PauSE-Faktoren unter pädagogischen Aspekten.
- Verwendung des Einsparanteils vom Schuljahr 2000/01 für strukturelle Verbesserungen. Dann würde die Einsparung von PauSE immer noch 3% betragen, womit die BBS einen hohen und schmerzhaften Beitrag zur Kosteneinsparung leisten.



Mehr Unterrichtsqualität mit kleineren Klassen durch Änderungen bei PauSE

- PauSE als Sparmodell
geht zu Lasten der Unterrichtsqualität -

Zur Information: Nach einer Übersicht des MBWW wurden 4000 Stunden durch PauSE im Schuljahr 1999/2000 im Vergleich zu 1997/98 eingespart. Dies sind 167 Lehrkräfte oder eine Reduzierung des Unterrichtsausfalls um mehr als 3 %. Damit haben die Berufsbildenden Schulen im Vergleich zu anderen Schularten überproportional zur Bewältigung des Schülerberges beigetragen.

Das gegenwärtige Beurteilungssystem anlässlich von Beförderungen entspricht nicht mehr den Anforderungen an zeitgemäße Erkenntnisse über Führungsverantwortung und Schulentwicklung. Es hat eine zu geringe Transparenz, zeigt aufgrund unzureichender Messkriterien zu große Unterschiede zwischen den Schulen, ist einseitig auf tradierte hierarchische Beurteilung (top down) ausgerichtet und vernachlässigt den Gedanken der Förderung als zentralen Bestandteil von Mitarbeitergesprächen.

Unzufriedenheit, Ungerechtigkeiten und Demotivation sind die Folge mit entsprechenden Auswirkungen auf die Unterrichtsqualität. Dies zeigte sich besonders im Frühjahr 2000 anlässlich der Beurteilungen zur Beförderung zum Oberstudienrat bzw. zur Oberstudienrätin, als es unter großem Zeitdruck bei einer Vielzahl von Beurteilungen zu gravierenden Unstimmigkeiten vor allem im Vergleich zwischen den Schulen kam. **Förderung und Beurteilung sind jedoch wesentliche Bestandteile der Führungsverantwortung.**

Der vlw fordert deshalb für das geplante neue Beurteilungsverfahren:

- Festlegung von Orientierungsgesprächen/Fördergesprächen, da eine sinnvolle Beurteilung nur nach vorangegangenem Orientierungsgespräch möglich. Ziel des Orientierungsgesprächs ist es, mit dem Kollegen/der Kollegin Zielvereinbarungen zu treffen und den Beurteilungsmaßstab verständlich zu machen.
- Erstellung eines transparenten Kriterienkatalogs, da eine Gleichbehandlung eher durch eine Beurteilung nach einem einheitlichen System erreicht werden kann. Die Kriterien sind präzise mit entsprechenden Gewichtungsempfehlungen zu for-


mulieren und müssen für alle Schulen gleich gelten. Beurteilung soll dabei keine Momentaufnahme, d.h. keine Darstellung von Einmalbeobachtungen sein.

- Die Möglichkeit der Korrektur von Beurteilungen im Dialog, da der Kollege/die Kollegin sich zur Beurteilung äußern soll, was auch zu einer Korrektur der Beurteilung führen kann. Das Recht auf eine schriftliche Stellungnahme durch den Kollegen/

die Kollegin bleibt davon unberührt, wenn sich gegensätzliche Standpunkte nicht ausräumen lassen, ebenso alle Rechte nach PersVG.

- Beurteilungsgespräche sollen Ausgangspunkt für Mitarbeiterförderung sowie gezielte Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sein. Die Gespräche müssen von den Führungskräften als Chance verstanden werden, jeden einzelnen Kollegen/ jede Kollegin in die Entwicklung und Gestaltung ihrer Schule einzubeziehen.

- Gezielte Fortbildung für die Beurteiler/Beurteilerinnen, da eine Abkehr von tradierten hierarchischen Beurteilungssystemen eine intensive Diskussion und ein Verständnis der zu Grunde liegenden Ideen erfordert. Dies ist nicht nur durch Handbücher zu vermitteln, sondern erfordert auch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen, vor allem auch um typische Fehlerquellen zu verringern.



Beurteilungssystem und Beförderungsverfahren nach A 14

- Schulen benötigen ein zeitgemäßes Beurteilungs- und Fördersystem -

Die Unterrichtsinhalte, die von Lehrerinnen und Lehrern für Fachpraxis der Fachrichtung Bürowirtschaft vermittelt werden, haben sich im letzten Jahrzehnt gravierend verändert.

Textverarbeitung verlangt von den Lehrenden eine ständige Flexibilität und Anpassung an geänderte Technologien und neue Software. Aufgrund der Vorkenntnisse der Schülerinnen und Schüler wird dabei Anfangsunterricht zunehmend an Bedeutung verlieren. Technologische Entwicklung und veränderte Eingangsqualifikationen der Jugendlichen haben eine zunehmende Integration mit informationstechnischen und betriebswirtschaftlichen Inhalten zur Folge. Bürowirtschaft ist durch die Neuordnungen kaufmännischer Ausbildungsberufe ebenfalls gravierenden Änderungen unterlegen. Die Inhalte sind zudem kaum noch zur Betriebswirtschaftslehre abgrenzbar bzw. sind in Neuordnungen in Lernfeldern des berufsbezogenen Unterrichts integriert.

Diesen ständigen Veränderungsprozess haben die Kolleginnen und Kollegen durch eigene Fortbildung sowie schulinterne und zentrale Fortbildungsmaßnahmen in vorbildlicher und hervorragender Weise bewältigt und aufgrund ihrer Unterrichtserfahrung mitgestaltet. Viele damit zusammenhängende Qualifizierungsmaßnahmen sind mit Teilbereichen eines Studiums vergleichbar oder wurden sogar in einem Studium erworben.

Dies bedeutet jedoch, dass die Eingangsvoraussetzungen für die pädagogische Ausbildung und die Prüfungsanforderungen für dieses Lehramt aufgrund der Bestimmungen der Landesverordnungen nicht mehr den Entwicklungen der Unterrichtspraxis entsprechen, sie reichen nicht mehr aus.

Aufgrund dieser Entwicklungen fordert der vlw:


- Die Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis der Fachrichtung Bürowirtschaft sind neben ihren Fächern Textverarbeitung und Bürowirtschaftslehre in Teilbereichen der Speziellen BWL (Büroberufe) sowie inentsprechenden Lernfeldern einzusetzen, sofern sie es wünschen und entsprechende Fortbildungsmaßnahmen besucht haben.

- Den Lehrerinnen und Lehrern für Fachpraxis der Fachrichtung Bürowirtschaft sind verstärkt Möglichkeiten der Fortbildungsqualifizierung anzubieten. Dies betrifft vor allem die Textverarbeitung einschließlich weiterer Teilbereiche von Office-Software, das Internet, Teilbereiche der Speziellen BWL (Büroberufe) sowie die Präsentations- und Kommunikationstechniken.

- Für Fachlehrerinnen und Fachlehrer mit beratenden Aufgaben sind zusätzliche Stellen zu schaffen und die Zulassungen in das Einweisungsjahr haben zügig zu erfolgen. Die Prüfungsteile bedürfen dabei trotz der jetzt erfolgten Festlegung dringend einer Revision. Sie müssen der zwischenzeitlich erworbenen Qualifikation der Kolleginnen und Kollegen stärker Rechnung tragen. Weiterbildungsmaßnahmen wie Sonderpädagogik sollten ebenfalls berücksichtigt werden.

- Für die Zukunft sind die Inhalte, welche sich auf die Fächer „Bürowirtschaft und Textverarbeitung“ beziehen, im wirtschaftspädagogischen Studiengang in speziellen Betriebswirtschaftslehren (vor allem Wirtschaftsinformatik und Organisationslehre) zu integrieren.

- Den Lehrkräften, welche sich entsprechend weiterqualifiziert haben, ist eine Aufstiegsprüfung in den höheren Dienst zu ermöglichen.



Neues personalpolitisches Konzept für Lehrkräfte für Fachpraxis im Bereich Bürowirtschaft

- Gravierend veränderte Anforderungen erfordern ein deutliches Umdenken -

Der vlw unterstützt Bestrebungen des MBWW nach einem besseren Qualitätsmanagement des Schulsystems. Berufsbildende Schulen haben die Gedanken des Qualitätsmanagements bereits in verschiedenen Formen aufgegriffen und machen erste Umsetzungserfahrungen.

Qualitätsmanagement muss jedoch für das gesamte Schulsystem gelten, also auch für die Unterstützungs- und Aufsichtssysteme sowie für die Organisation der Schule. Hier ist jedoch festzustellen, dass es offensichtlich leichter ist, über Qualitätsmanagement zu reden als selbst danach zu handeln.

Verwaltungswege sind oft sehr lang und verzögern unangemessen notwendige Reaktionen vor Ort. Verwaltungsvorschriften treten verspätet in Kraft und sind i.d.R. ohne Analyse über die Ansprüche an die Zusatzarbeit in den Schulen. Stellenbesetzungsentscheidungen ziehen sich Jahre hin, wodurch Schulen für ihre Führungsaufgaben

nicht ausreichend besetzt sind. Für Kollegen ist es häufig schwierig, in einer angemessenen Zeit verbindliche Auskünfte über sie betreffende arbeitsrechtliche Fragen zu erhalten. Diese Situation hat sich durch die Umstrukturierung der Verwaltungswege auf der mittleren Ebene der ADD bzw. ADD-Außenstellen auch nach einem Jahr eher verschlechtert.

Ohne ausreichendes Qualitätsmanagement der Schuladministration sind jedoch die Anstrengungen der Schulen zum Scheitern verurteilt. Zudem verbietet es sich, Forderungen an die Schulen zu stellen, die man selbst nicht einlöst.

Der vlw fordert:

- Optimierung der von ADD und MBWW zu verantwortenden Organisations- und Verwaltungsabläu-

fe mit der Zielsetzung, als Unterstützungssystem (Dienstleistungssystem) für die Schulen tätig zu sein. In einem optimierten System lassen sich Schulen besser gestalten und entwickeln, lässt sich Unterrichtsqualität besser verwirklichen.

- Bessere Überprüfung von Entscheidungen der Administration hinsichtlich der Belastungswirkungen für die Schulpraxis. Komplizierte Zeugniserstellung und vermehrte Lehrplanarbeit vor Ort

sind beispielsweise massive Eingriffe in die Arbeitszeit der Lehrkräfte. Dann sollten die Vorgaben wenigstens erforderlichen Qualitätsstandards entsprechen.

- Überprüfung der Verwaltungsabläufe unter dem Aspekt, ohne Qualitätsminderung die Kolleginnen und Kollegen in ihrer Arbeitszeit zu entlasten. Dies gilt auch für Organisationsabläufe, die von den Schulleitungen zu verantworten sind.



Besseres Qualitätsmanagement im Organisations- und Verwaltungsablauf

- Unnötiger Zeitaufwand an den Schulen
und Friktionen sind zu reduzieren -

„Die Fülle der nachgewiesenen und weithin anerkannten curricularen Mängel lernfeldstrukturierter Lehrpläne sowie die mangelhaften Begleitmaßnahmen zur Implementierung des Konzepts werden nicht als ausreichende Gründe dafür akzeptiert, zunächst an der Mängelbeseitigung zu arbeiten, ehe die Brücken zur erfahrungsfundierten Lehrplanentwicklung vollständig abgebrochen werden.“ (Prof. Dr. Hansis in „Die kaufmännische Schule, Düsseldorf, 1/2001, S. 1.)

Die Innovationsgeschwindigkeit im Bereich der IT-Anforderungen nimmt dramatische Formen an. IT-Qualifikationen werden neben dem Kernbereich der IT-Berufe bzw. von Vollzeitschulen mit entsprechenden Schwerpunkten in hohem Maße auch als Anwendungsqualifikation benötigt. Fachkompetenzen unterliegen in diesem Bereich einer dramatischen Verkürzung der Halbwertszeit des Wissens

Qualifizierte Universitätsabsolventen mit entsprechenden Qualifikationen erreichen zur Zeit das Schulsystem nicht mehr: Sie bleiben an wissenschaftlichen Lehrstühlen oder nehmen Angebote der Privatwirtschaft an. Da zudem die Informatik/Wirtschaftsinformatik als schwieriges Fach gilt, führt die Kenntnis des Mangels nicht zur Umlenkung der Wahlentscheidung von Studierenden. Eine Entspannung der Bedarfslage ist also vom externen Arbeitsmarkt auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.


Erforderlich sind deshalb tragfähige Lösungen mit den Lehrkräften im Dienst. Dazu fehlt ein strukturiertes Konzept zur Problemlösung in Rheinland-Pfalz. Die gegenwärtigen Angebote des IFB sind sowohl quantitativ als auch qualitativ unzureichend, da es an personellen Ressourcen sowie an der entsprechenden Finanzausstattung fehlt. IT-Qualifikationen haben jedoch für die Gestaltung der Zukunft und bei der Verteilung von Lebenschancen einen immer größeren Stellenwert. Zudem entwickeln sich IT-Berufe in der öffentlichen Diskussion zunehmend zur „Benchmark“ für die Leistungsfähigkeit beruflicher Schulen. Der Bewältigung dieser Herausforderungen kommt deshalb eine zentrale Bedeutung zu.

Der vlw fordert deshalb:

- Ein modulares Strukturkonzept zur IT-Qualifizierung, welches unterschiedliche Niveaustufen und

Anwendungsgebiete umfasst, um die unterschiedlichen Qualifikationen der Lehrkräfte optimal zu nutzen bzw. um individuelle Modulangebote vorzuhalten. Dabei darf es sich nicht um „hausgebackene“ Konzepte handeln, sondern sie bedürfen der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation. Dieses Konzept ist dringend und schnell zu entwickeln.

- Das Strukturkonzept muss grundsätzlich zwei Hauptzielgruppen ansprechen: Lehrkräfte, die im Kernbereich der IT- und Medienberufe eingesetzt sind bzw. alle anderen mit unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen einschließlich Sprachen, Politik, usw.. Für diese erste Zielgruppe sind Anrechnungsstunden zu gewähren, da sie sonst zusätzlich zu ihrer schulpraktischen Arbeit überlastet werden.



Verstärkte Fortbildungsangebote, vor allem im Bereich der neuen Technologien

- Innovationszyklen erfordern entsprechende Reaktionen -

- Zentrale Steuerung des modularen Strukturkonzepts zur IT-Qualifizierung in Verbindung mit regionalen und schulinternen Schwerpunktsetzungen. Die einzelnen Schulen müssen jedoch auf Agenturleistungen des IFB zurückgreifen können, sie sind mit der Erstellung eigener Konzepte überfordert.

- Erhöhung der personellen Ressourcen des IFB. Allerdings wird die Qualifizierung mit Referenten ausschließlich aus dem eigenen System bereits nicht mehr gelingen. Es müssen umgehend externe Kooperationspartner von Wirtschaft und Universität gewonnen werden, welche einen Teil der Qualifizierung übernehmen.

BBS in Rheinland-Pfalz

Neue Mitglieder im Landesvorstand

Jürgen Kettner
neuer stellvertretender Landesvorsitzender



Als Nachfolger von Joachim Willemsen wurde Jürgen Kettner nach Vorschlag aus dem Bezirk Koblenz zum neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Er hat sein Referendariat in Trier absolviert, arbeitete dann im Bildungszentrum des Hessischen Handels in Frankfurt, von Juni 1997 – Januar 1999 als Lehrer in Leipzig und ist seit 1999 an der BBS Bad-Neuenahr. Für den Bezirk Koblenz war er Mitglied im vlv-Bildungsausschuss. Jürgen Kettner ist verheiratet und hat 2 Kinder.

Gregor Gebhard
neuer Vorsitzender des Ausschusses
„Junge Wirtschaftspädagogen/Lehrerbildung“



Gregor Gebhard, der bereits als Vertreter Triers Mitglied im Ausschuss war, wurde in Emmelshausen als Nachfolger von Udo Geib zum neuen Vorsitzenden gewählt. Sein Referendariat hat er in Bad Neuenahr absolviert, danach wechselte er 1987 an die BBS Wirtschaft nach Trier, wo er seitdem Koordinator für Groß- und Außenhandel sowie für Sport ist und auch Mitglied im ÖPR. Gregor Gebhard ist 42 Jahre alt, verheiratet und hat ein Kind.

Spezifische Belastungen der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen

„Jeder dritte Lehrer fühlt sich ausgebrannt“ – Warnsignal für Politik

Fast jeder dritte Lehrer in Deutschland fühlt sich beruflich frustriert, ausgebrannt und neigt zur Resignation. Eine alarmierende Feststellung! Das ist das Ergebnis einer Studie des Potsdamer Psychologie-Professors Uwe Schaarschmidt, die im November vergangenen Jahres beim DBB-Lehrerkongress in Berlin vorgestellt wurde. Und auch die Printmedien griffen erstaunlicherweise dieses Thema auf und zeigten ehrliches Verständnis für die Unterrichtenden in den Klassenzimmern.

Kernproblem sei vor allem die Klassengröße mit in der Regel über 30 Schülern, von denen viele schlecht oder kaum erzogen seien. Veränderte Familienstrukturen, wachsender Medienkonsum, Alkohol, Drogen und Gewalt würden verstärkt zum Problem für die Pädagogen. Allein gelassen mit dieser Situation seien die meisten überfordert, da sie nicht für diese Herausforderungen ausgebildet seien. Burn-Out-Syndrom und krankheitsbedingte Frühpensionierungen seien häufige Folge dieser Missstände in unseren Schulen, so der Befund.

Und wie sieht es in den Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz aus? Was belastet dort die Kollegen? Welche spezifischen Probleme ergeben sich aus der dualen Ausbildungspartnerschaft für den unterrichtlichen Alltag?

Allein die Komplexität der Berufsbildenden Schule lässt schon vermuten, dass an diesem Lernort Probleme und Schwierigkeiten das Alltagsgeschäft des Unterrichtens erschweren, die in anderen Schulararten so nicht zu finden sind.

Denn zum Kürzel „BBS“ gehört ja nicht nur die weithin bekannte Berufsschule sondern auch das breit gefächerte Angebot der Wahlschulen: von Berufsfachschulen, Höheren Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Beruflichen Gymnasien bis hin zu den Fachschulen. Und diese gliedern sich wiederum in spezielle Fachrichtungen und inhaltliche Schwerpunkte. Aber auch die Berufsschule ist umfassender als dem Laien in der Regel bekannt. Dort werden nicht nur Auszubildende in den unterschiedlichsten Ausbildungsberufen – vom Automobilkaufmann bis zur Zahnarzthelferin – in berufsspezifischen Fach-

klassen im überwiegenden Alter von 15 bis 25 Jahren unterrichtet, sondern auch von abgehenden Schulen kommende Schüler, die aufgrund mangelnder Ausbildungsplatzangebote und eigener Qualifikation das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsbildungsjahr besuchen (müssen).

Mit diesem differenzierten und ausgeprägten Bildungsangebot gehen Arbeitsbelastungen einher, die zum Teil für den Außenstehenden nicht ersichtlich sind. Damit sind die Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen in besonderem Maße nicht nur gefordert, sondern häufig auch überfordert. Die Lehrer an Berufsbildenden Schulen sind sicherlich dadurch geprägt, dass sie gewohnt sind sich ständig an die veränderte wirtschaftliche Realität anzupassen. Diese Flexibilität hat jedoch dann ihre Grenzen, wenn ein „Multi-Talent“ verlangt ist: Ein Lehrer, der nicht nur die betriebliche Realität durch eine Handlungsprozessanalyse zur schulischen Handlungsprozessanalyse verdichten soll, sondern auch noch mit einem Schülerklientel zu tun hat, welches teilweise nicht mehr nur als „schwierig“ bezeichnet werden kann, sondern als problematisch eingestuft werden muss.

Diese alarmierenden und kritischen Feststellungen basieren auf **einer umfassenden Umfrage**, die der VLW Rheinland-Pfalz über seine Bezirksverbände in vielen Ortsverbänden gestartet hat. Die Kollegen sollten die Themen, Belastungen und Nöte benennen, die ihnen den Alltag in der Berufsbildenden Schule besonders schwer machen. Mit den folgenden zusammenfassenden Ausführungen hoffen wir nicht nur allen Kollegen ein Stimmungsbild an unseren Schulen zu vermitteln, sondern auch die über die Normalbelastung hinausgehende zusätzliche Belastung der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen den dienstlich Verantwortlichen, politischen Entscheidungsträgern und der interessierten Öffentlichkeit einsichtig und verständlich zu machen. Damit verbindet sich natürlich auch unsere Hoffnung, dass sich an diesen zum Teil untragbaren Zuständen möglichst bald etwas ändert.

Spezifische Belastungen durch das duale System

Das duale System erfordert regelmäßig Kooperation und Koordination mit den Ausbildungsbetrieben und Informationsaustausch über wesentliche Veränderungen im Praxisvollzug der Wirtschaft. Darüber

hinaus besteht die Notwendigkeit der Abstimmung schulischer Lehrpläne und -inhalte mit betrieblichen Ausbildungsplänen und -gegebenheiten. Diese intensiven Kontakte zu den Unternehmen werden von den Kolleginnen grundsätzlich als positiv eingestuft.

Jedoch fordern diese Aufgaben auch einen enormen zeitlichen und individuell-engagierten Einsatz: Persönliche und telefonische Gespräche können nur außerhalb der Unterrichtszeit geführt werden. Da nicht alle Kontakte von der Schule aus aufgebaut werden können – auch wegen der Erreichbarkeit der Verantwortlichen in den Betrieben – müssen diese häufig von zu Hause privat erledigt werden. Nicht selten gehören zu diesen Konsultationen auch lange ernsthafte Gespräche über Fehlzeiten, Motivationsschwächen und Verhaltensauffälligkeiten unserer Berufsschülerinnen und -schüler. Teilweise können diese Auseinandersetzungen sehr spannungsgeladen sein, wenn Unternehmen zwar wenig leistungsfähige Auszubildende einstellen, die Schule aber für deren mangelnde Leistungsfähigkeit und –bereitschaft verantwortlich machen. Leider wird immer wieder die Erfahrung gemacht, dass die Berufsbildende Schule nicht als gleichwertiger dualer Ausbildungspartner akzeptiert wird, sondern als „Zuarbeiter“ für den Betrieb. Dieses manifestiert sich auch in der Tatsache, dass kein gemeinsames Zeugnis von Kammer, Betrieb und Berufsschule existiert. Es bleibt unverständlich, dass ein Auszubildender, der zwar das Abschlussziel der Berufsschule nicht erreicht, dennoch sein Ausbildungsziel mit Erfolg bescheinigt erhält.

Großen Unmut erzeugt auch die BBU-Notengebung. Weit entfernt von einem einfachen und transparenten Vorgehen der Notenermittlung, wird beklagt, dass durch Zusammenfassungen, Gewichtungen und Additionen ohne klare pädagogische Linie sinnlose Mehrarbeit entsteht. Rückfragen von Auszubildenden und Ausbildern können nur bedingt oder sehr umständlich beantwortet werden. Ausbilder Fragen, warum denn die komplizierte Notengebung eingeführt wurde.

Die Vielzahl neuer und neu geordneter Ausbildungsberufe ist selbstverständlich zu begrüßen. Natürlich müssen diese an aktuelle Gegebenheiten angepasst werden. Häufig sind sie aber bereits bei Erscheinen schon wieder veraltet. Des Weiteren bedeutet eine stärkere Ausdifferenzierung der Lehrpläne einen erhöhten Vorbereitungsaufwand: neue

Inhalte, schulinterner und –übergreifender Kooperationsbedarf.

Da die Bildungsgänge der Berufsschulen zwei- bis höchstens dreieinhalbjährig sind, wird jährlich fast die Hälfte der Gesamtschülerzahl an zwei Prüfungsterminen pro Jahr geprüft und entlassen. Zu den organisatorischen Belastungen der Lehrkräfte kommt ein verstärkter Leistungsdruck durch die Vorbereitung ihrer Schüler auf die landes- oder bundeseinheitlichen Prüfungen, die alle Unwägbarkeiten zentraler Prüfungen enthalten. Ebenso die neue Konzeption mündlicher Prüfungen – Fallbeispiele und Verkaufsgespräche – bedeutet in diesem Zusammenhang eine immense Vorbereitung auf diese Tage.

Spezifische Belastungen durch die dramatischen Veränderungen der Berufs- und Arbeitswelt

Der zu vermittelnde Unterrichtsstoff, insbesondere in den betriebswirtschaftlichen Fächern, und die eingesetzte Software verändern sich schnell und müssen daher ständig aktualisiert werden. Diese dramatisch sinkenden Wissenshalbwertszeiten in der Berufsbildung zeigen sich besonders im IT-Bereich. Hohe Veränderungsgeschwindigkeiten, Beherrschung von mehreren Branchensoftwareprodukten und Möglichkeiten der Anwendung bedingen eine ständige Vorbereitung unter zunehmendem zeitlichen Aufwand. Diese Entwicklung bedürfte eigentlich einer permanenten schulischen und praxisorientierten Fortbildung. Doch dieser Bedarf wird nur unbefriedigend gestillt. Eher prägt enormer persönlicher Einsatz der Lehrer dieses Feld. Vom steuerlich begrenzt nur absetzbaren Computer und Internet bis hin zu außerhalb der Dienstzeit stattfindenden Kursen, die in der Regel auch noch privat finanziert werden, übernimmt die Lehrkraft aus Verantwortungsbewusstsein diese Aufgaben selbst. Von Politikern wird dieses private Engagement nur all zu häufig als selbstverständlich betrachtet, häufig nicht einmal angemessen gewürdigt.

Schüler, Eltern und Betriebe erwarten aber auch, dass die Lehrkräfte ständig fit auf allen Gebieten sind: im Steuer-, Sozialversicherungs- und EU-Recht. Jede Änderung sollen wir sofort präsent haben.

Die schlechten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt demotivieren viele unserer Schüler, vor allem aber

die schwachen. Selbstvertrauen schwindet, muss aufgebaut werden und erfordert insofern viel Anstrengung um zur Mitarbeit in der Berufsschule zu bewegen. Jugendliche ohne Ausbildungsplatz „parken“ in weiterführenden Bildungsgängen und beeinträchtigen das Lern- und Arbeitsklima massiv. Dieses Phänomen ist mittlerweile nicht mehr nur in der Berufsfachschule zu beobachten, es setzt sich zum Teil in den Höheren Berufsfachschule fort.

Spezifische Belastungen durch Unterrichtseinsatz in einer Vielzahl von Fachklassen verschiedener Ausbildungsberufe und Wahlschulen

Das Statistische Landesamt weist allein im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung 28 verschiedene Ausbildungsberufe aus. Hinzu kommen an kaufmännischen Schulen bzw. in kaufmännischen Abteilungen noch die Berufe des Berufsfeldes Gesundheit. Immer müssen die unterschiedlichen Lehrpläne beachtet und umgesetzt werden, vor allem in berufsbezogenen Fächern. Eine Lehrkraft mit der Fakultas Betriebswirtschaftslehre unterrichtet z. B. einerseits Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Rechnungswesen, Wirtschaftsrecht, Marketing/Verkaufskunde, Werbelehre und andererseits verschiedene spezielle Betriebswirtschaftslehren – etwa für Bürokaufleute und Sozialversicherungsfachangestellte. Seit Einführung der Lernfeldkonzeption kommt hier noch die Differenzierung in Lernfelder hinzu. So ist z. B. das Abschlusszeugnis des Ausbildungsberufes „Verwaltungsfachangestellte/-angestellter“ in 14 zu bewertende Lernfelder unterteilt und in der Note „BBU“ zusammengefasst. Für jeden Einzelberuf sind somit spezielle Fähigkeiten in jedem betriebswirtschaftlichen Fach bzw. Lernfeld erforderlich.

Um bei diesem breiten Spektrum möglichst ständig „up to date“ zu sein, ist ein hoher praxis- und theoriebezogener Fortbildungsbedarf zu befriedigen. Vor allem dann, wenn es um die IT-Berufe geht. Aber auch steuer- und handelsrechtliche Neuerungen, spezielle Kenntnisse in der KLR, neue Unternehmensführungsstile und veränderte Produktionsmethoden, kurz: alle Auswirkungen der rasant fortschreitenden Globalisierung unserer Ökonomie machen vor der Berufsbildenden Schule nicht halt. Sie erfordern umfassende und zeitaufwendige Informationsbeschaffung, Erstellung neu-

artiger Unterrichtsmaterialien und -konzepte, intensive Fortbildung in den Fachwissenschaften, aber auch in der betrieblichen Praxis und eine komplexe IT-Sachausstattung unserer Schulen, die nun hoffentlich angesichts der UMTS-Millionen auch rasch realisiert wird.

Zusätzlich zu diesen inhaltlichen Problemen kommt auch noch der Umstand, dass in der Berufsschule, aber auch in Wahlschulen nicht nur vormittags sondern auch am Nachmittag, Abend oder Samstag unterrichtet werden muss.

Eine Vielzahl von Ausbildungsberufen und Wahlschulen bedeutet aber auch viele Klassenleitungen. Zum Teil nur mit 1 Wochenstunde eigenem Unterricht eingesetzt, bedeutet die Leitung einer Klasse viel Einsatz: Mahnungen, Verwaltung, Gespräche mit Schülern, Eltern, Betrieben, Kollegen und der Schulleitung. Daher fühlen sich viele Lehrer weniger als Klassenleiter mit pädagogischer Verantwortung, sondern vielmehr als Verwaltungsfachmann im Vollzug. Die permanente Reformflut bringt darüber hinaus eine unüberschaubare Anzahl von Vorschriften und Verordnungen.

Belastend empfinden viele Kollegen auch den Einsatz in Unterrichtsfächern ohne Unterrichtsbefähigung. Dies gilt nicht nur für die Volkswirtschaftslehre und Datenverarbeitung, sondern auch gerade für die Fächer Deutsch, Sozialkunde und Mathematik.

Spezifische Belastungen durch ein schwieriges Schülerklientel

Sicherlich haben auch anderen Schularten mit problematischen Schülern zu kämpfen. Das Besondere der Situation an Berufsbildenden Schulen ist jedoch, dass hier viele Jugendliche mit sehr unterschiedlichen schulischen Vorstufen zusammen kommen und denen insbesondere im BGJ/BVJ die Berufsreife und jede Motivation fehlt., die entweder eigentlich einen Ausbildungsplatz wollten, diesen aber wegen der schlechten Ausbildungsplatzsituation nicht erhielten oder weil sie nicht gut genug waren, oder schlicht weg nicht wissen, was sie wollen. Zum einen haben die Lehrer es dann mit frustrierten bzw. sehr schwachen Schülern zu tun, zum anderen mit unmotivierten „Parkern“. Der Umgang mit diesem Klientel ist nicht nur schwierig, sondern auch nervlich äußerst belastend.

So versammeln sich Jugendliche in Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahren – zunehmend aber auch in den Berufsfachschulen – die „Übriggebliebenen“, die keine oder wenig Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt haben. Die Motivation in vielen Berufsfachschulen ist mehr als schlecht und wird durch die unzureichende Auslese (Notendurchschnitt von mindestens 3,49) gestützt. Folge sind verhaltensauffällige Schüler, die den Unterricht in seiner Qualität beeinträchtigen. Disziplinschwierigkeiten, hohe Fehlzeiten, mangelnde Leistungsbereitschaft und zunehmende verbale Gewaltbereitschaft gegenüber Mitschülern, aber auch Lehrkräften, erschweren nicht nur die Erfüllung der Lehrpläne - und damit des Lehrauftrags - gravierend, sondern belasten die unterrichtenden Kollegen physisch und vor allem psychisch. Hinzu kommt teilweise mangelndes Verständnis der Lernenden für unterrichtlichen Inhalte aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse und die Heterogenität der Lerngruppen in Bezug auf Alter, Bildungsherkunft sowie soziale Schichtung. Gewalt- und Drogenproblematik belasten zusätzlich den Unterrichtsalltag.

Für den Umgang mit diesen Problemen sind die meisten Lehrer nicht ausgebildet. Konfliktbewältigung, Umgang mit verbalen Drohungen und körperlicher Gewalt sowie Drogen sind weder an der Universität noch in ausreichendem Maße an den Studienseminaren vermittelt worden. Viele Kollegen verstehen sich auch nicht als Sozialpädagogen, sondern als pädagogische Vermittler von Fachwissen und Kompetenzen.

Verschärft wird die Problematik noch dadurch, dass sich viele Eltern – egal aus welcher Sozietät – aus der aktiven Erziehung verabschiedet haben und von ihnen keine Unterstützung bei pädagogischen Aufgaben zu erwarten ist. Vielmehr wird von den Lehrern erwartet, diese Probleme in den Griff zu bekommen und Versäumnisse in der häuslichen Erziehung zu kompensieren.

Hinzu kommt noch die heterogene Vorbildung der Schüler, die eine innere Differenzierung des Unterrichts erfordert. Nur so können die wirkliche leistungsfähigen und –willigen Schüler noch motiviert werden. Das bedeutet aber enormen zeitlichen Vorbereitungsaufwand.

Angesichts dieser Probleme wird immer wieder der Ruf nach kleineren Klassen und rechtlich abgesi-

cherten Disziplinierungsinstrumenten laut. Viele Kollegen wünschen sich aber auch einfach eine respektvolle, angemessene und höfliche Behandlung durch unsere Schüler.

Schlussbemerkungen

Mit den aufgeführten, aus den Kollegien gesetzten Schwerpunkten von Belastungen am Arbeitsplatz „Berufsbildende Schule“ soll die Vielfalt und Schwere der Aufgaben eines Lehrers an einer Berufsbildenden Schule verdeutlicht werden. Die Kolleginnen und Kollegen wissen, dass diese starke Differenzierung und schnellen Veränderungen angesichts einer sich immer rascher wandelnden, ökonomische geprägten Welt im Interesse der Jugend und der Wirtschaft sein muss. Dies gilt gerade in einer Schulart, welche die Nahtstelle zum Beschäftigungssystem darstellt. Erwiesenermaßen erzielen aber gerade Investitionen in die berufliche Bildung eine besonders hohe Rendite im Spektrum des Humankapitals. Daher gilt es derzeit dringender als je zuvor Schritt mit dem Wandel in der Wirtschaft zu halten und in die Berufsbildende Schule mit ihren Lehrkräften zu investieren.

Dabei erwarten die Kolleginnen und Kollegen, dass die besonderen Belastungsfaktoren ihres Tätigkeitsbereiches erkannt, gewürdigt und von der Landesregierung durch entsprechende Regelungen der Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen angemessen beantwortet werden.



Fehler und Versäumnisse

Kommentar: Zum Lehrermangel

Aus der RHEINPFALZ, Freitag 23. Februar 2001

Von Winfried Folz, Mainz - Viele Schulabgänger seien wegen des Lehrerüberschusses in den 90er Jahren „nicht mehr motiviert gewesen“, ein Lehramtsstudium zu beginnen, begründete gestern die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Annette Schavan, den drohenden Lehrermangel.

So plausibel das klingen mag - es ist schlicht die Unwahrheit. Denn es waren die Kultusminister, die beim Stichwort Lehramtsstudium die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen haben. In Rheinland-Pfalz wurden Abiturienten noch vor fünf Jahren das Schicksal eines mittellosen Akademikers vorhergesagt, sollte man sich für den Beruf des Lehrers entscheiden. Genau diese Leute fehlen heute.

Die Kultusminister tragen auch Schuld an der Misere, weil sie die Prognosen von Bildungsforschern sträflich ignoriert haben. Georg-Berndt Oschatz, einstiger Kultusminister in Niedersachsen, warnte schon Mitte der 80er Jahre vor dem jetzt eingetretenen Szenario, Professor Klaus Klemm aus Essen errechnete bereits 1987 großen Mangel für das Jahr 2005, und der renommierte Schulplaner Hermann Lange nannte 1995 genaue Einstellungsmargen, an denen sich die Kultusminister hätten orientieren können. Sie taten es nicht.

Jetzt rollt die Pensionierungswelle, und der Strom des Nachwuchses ist dünn, denn die Länder haben den Lehrerberuf unattraktiv gemacht und die Bildungspolitik den Finanzministern überlassen. Erst als Hessen begann, im bundesdeutschen Lehrwald zu wildern, wurden die Kultusbürokraten wach. Die längst fällige Diskussion über den bundesweiten Lehrermarkt wird nun endlich geführt - viele Jahre zu spät.

Versorgungsabschlag bei Dienstunfähigkeit oder Schwerbehinderung

Neuregelung zum 1. Januar 2001

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2000 beschlossen (Drs. 716/00), dem vom Deutschen Bundestag am 16.11.2000 (BT-Drs. 14/4620) verabschiedeten Gesetz zuzustimmen. Damit wurde das „Versorgungsreform-Änderungsgesetz“ vom 21.12.1998 ein drittes Mal geändert und ist nun ab **01.01.2001** in Kraft. Es ist jedoch bereits jetzt schon zu erkennen, dass weitere Nachbesserungen folgen werden.

1. Versetzung in den Ruhestand bei **Schwerbehinderung** (GdB mindestens 50%):

Schwerbehinderte Lehrkräfte können sich weiterhin mit dem Ende des Schulhalbjahres, in dem sie das 60. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand versetzen lassen (§ 59, Satz 1, Nr. 2 Landesbeamtengesetz Rheinland-Pfalz). Das Ruhegehalt vermindert sich um 3,6 % für jedes Jahr, um das ein Schwerbehinderter vor Ablauf des Monats, in dem er das 63. Lebensjahr vollendet hat, in den Ruhestand tritt. Es erfolgt eine taggenaue Berechnung (§ 14 Abs. 3 Beamtenversorgungsgesetz). Kein Versorgungsabschlag wird erhoben, wenn sich der Schwerbehinderte im Alter von 63 Jahren oder später pensionieren läßt. Der Versorgungsabschlag bleibt während der gesamten Lebenszeit des Beamten erhalten und wird auch bei der Berechnung der Hinterbliebenenversorgung zugrunde gelegt.

2. *Übergangsregelungen* bei Schwerbehinderung (§ 69 d Abs.5 u. 6 BeamtVG):

Kein Versorgungsabschlag wird erhoben,

- a) wenn der Beamte vor dem 16.11.1950 geboren worden ist und seine Schwerbehinderung bereits am 16.11.2000 vorlag.
- b) wenn die Schwerbehinderung nach dem 16.11.2000 vorlag und der Beamte dem Geburtsjahrgang 1940 (oder älter) angehört oder
- c) wenn die Schwerbehinderung nach dem 16.11.2000 vorlag, der Beamte dem Geburtsjahrgang 1941 (oder älter) angehört und die Versetzung in den Ruhestand wegen Schwerbehinderung nach Vollendung des 61. Lebensjahres erfolgt oder
- c) wenn die Schwerbehinderung nach dem 16.11.2000 vorlag, der Beamte dem Geburtsjahr 1942 (oder älter) angehört und die Versetzung in den Ruhestand nach Vollendung des 62. Lebensjahres erfolgt.

3. Versetzung in den Ruhestand wegen **Dienstunfähigkeit**:

Das Ruhegehalt vermindert sich um **3,6 %** für jedes Jahr, um das ein Beamter vor Ablauf des Monats, in dem er das 63. Lebensjahr vollendet hat, wegen Dienstunfähigkeit (§§ 57 oder 58 LBG), die nicht auf einem Dienstunfall beruht, in den Ruhestand versetzt wird; die Minderung der Pension darf jedoch 10,8 % nicht übersteigen (§ 14 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BeamtVG). Es erfolgt taggenaue Berechnung. Kein Versorgungsabschlag wird erhoben, wenn der Beamte im Alter von 63 Jahren oder später wegen Dienstunfähigkeit pensioniert wird. Der Versorgungsabschlag bleibt während der gesamten Lebenszeit des Beamten erhalten und wird auch bei der Berechnung der Hinterbliebenenversorgung zugrunde gelegt.

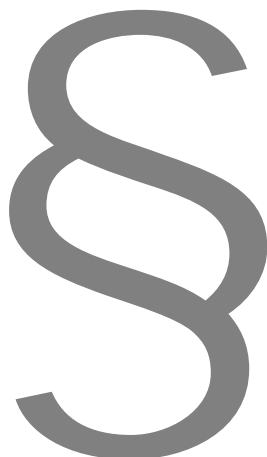
Wird der Beamte vor Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt, wird die Zeit vom Eintritt in den Ruhestand bis zum Ende des Monats, in dem das 60. Lebensjahr vollendet wird, zu **zwei Dritteln** als ruhegehaltsfähige Dienstzeit hinzugerechnet (sog. Zurechnungszeiten). Zurechnungszeiten in dieser Höhe werden nur bei einer Berechnung der Pension nach neuem Recht (§ 13 Abs. 1 BeamtVG) berücksichtigt.

4. Übergangsregelungen bei Dienstunfähigkeit (§ 69 d Abs.1 u. Abs. 3 BeamtVG): Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit

- a) **vor dem 1. Januar 2001:** kein Versorgungsabschlag; Zurechnungszeit 1/3 der Zeit zwischen Pensionierung und Ende des Monats, in dem das 60. Lebensjahr vollendet wird (nur neues Recht).
- b) **im Jahre 2001:** 1,8 % Versorgungsabschlag pro Jahr, maximal jedoch 3,6 %; Zurechnungszeit 5/12 der Zeit zwischen Pensionierung und Ende des Monats, in dem das 60. Lebensjahr vollendet wird (nur neues Recht)
- c) **im Jahre 2002:** 2,4 % Versorgungsabschlag pro Jahr, maximal jedoch 7,2 %; Zurechnungszeit 6/12 der Zeit zwischen Pensionierung und Ende des Monats, in dem das 60. Lebensjahr vollendet wird (nur neues Recht).
- d) **im Jahre 2003:** 3,0 % Versorgungsabschlag pro Jahr, maximal jedoch 10,8 %; Zurechnungszeit 7/12 der Zeit zwischen Pensionierung und Ende des Monats, in dem das 60. Lebensjahr vollendet wird (nur neues Recht).
- e) **ab dem Jahr 2004:** 3,6 % Versorgungsabschlag pro Jahr, maximal jedoch 10,8 %; Zurechnungszeit 2/3 der Zeit zwischen Pensionierung und Ende des Monats, in dem das 60. Lebensjahr vollendet wird (nur neues Recht).
- f) **Kein** Versorgungsabschlag bei Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit wird bei den Beamten erhoben, die vor dem 1. Januar 1942 geboren worden sind und zum Zeitpunkt der Pensionierung mindestens 40 ruhegehaltsfähige Dienstjahre (Studien- u. Prüfungszeiten, sowie Zeiten im Angestelltenverhältnis bleiben unberücksichtigt) vorweisen können (§ 69 d Abs. 4).

Grundsätzlich gilt weiterhin: Bei verbeamteten Lehrkräften, die seit dem 31.12.1991 ununterbrochen im Dienst des Landes Rheinland-Pfalz standen, werden Vergleichsberechnungen nach altem Recht und Übergangsrecht (§ 85 Abs. 1 oder Abs. 3 BeamtVG) durchgeführt. Anschließend wird die Berechnung maßgebend, die für den Beamten am günstigsten ist.

Der Versorgungsabschlag wird bei allen Berechnungsarten erhoben. Bei einer Berechnung nach altem oder Übergangsrecht wird jedoch als Zurechnungszeit jeweils nur 1/3 der Zeit zwischen der Pensionierung und dem Ende des Monats, in dem das 55. Lebensjahr vollendet wird, berücksichtigt.



PCs nun auch für Lehrerinnen und Lehrer steuerlich absetzbar

Finanzminister Gernot Mittler und Bildungsminister Jürgen Zöllner teilten in einer Pressemeldung am 16. März 2001 mit, dass auf Initiative von Rheinland-Pfalz die obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder beschlossen haben, Anschaffungskosten privat angeschaffter Personalcomputer als Werbungskosten anzuerkennen, soweit diese Geräte beruflich genutzt werden. Dies sei vor allem für Lehrerinnen und Lehrer eine gute Nachricht, da bisher die Anschaffungskosten eines Personalcomputers nur als Ausgaben steuerlich geltend gemacht werden konnten, wenn dieser so gut wie ausschließlich für berufliche oder dienstliche Zwecke eingesetzt wurde. So mussten beispielsweise berufstypische Programme erstellt oder eine berufsspezifische Software erworben werden und zudem eine private Nutzung des Computers so gut wie ausgeschlossen sein. Diese hohen Anforderungen konnten engagierte Lehrerinnen und Lehrer oftmals nicht erfüllen - allenfalls Mathematiklehrer oder Lehrer für Informatik.

Viele Lehrkräfte würden ihre Unterrichtsvorbereitung auf ihrem häuslichen PC vornehmen, daher sei es wichtig, dass nach der neuesten Regelung die Kosten für einen privat angeschafften Computer in Höhe des Anteils, der dem Umfang der beruflichen Nutzung entspricht, als Werbungskosten zugelassen würden. Die Finanzämter in Rheinland-Pfalz seien bereits angewiesen, entsprechend zu verfahren.

Zöllner verschiebt Lehrerprämie in Herbst

Bildungsminister rückt nach Protesten aus den Schulen von Zeitplan ab - „Offene Rechtsfragen klären“

Mainz (wif). Die umstrittene Prämie für Lehrer liegt für dieses Schuljahr auf Eis. Bildungsminister Jürgen Zöllner (SPD) verschiebt die Einführung in den Herbst. Ursprünglich sollte es schon vor den Sommerferien die ersten Sonderzahlungen für besonders engagierte Pädagogen geben.

In einem versandten Brief an die rheinland-pfälzischen Schulleiter, begründet Zöllner sein Vorgehen mit „derzeit noch offenen Rechtsfragen“, die bis zum Sommer nicht geklärt werden könnten. Nach heftiger Kritik aus den Reihen der Personalräte und Lehrerverbände an dem vorgesehenen Modell will der Minister die Modalitäten jetzt ändern.

Dafür nennt Zöllner folgende Voraussetzungen: So sollen Lehrer unabhängig von ihrem Status als Beamte oder Angestellte für herausragende Leistungen honoriert werden. Bisher war nur von Beamten die Rede. Auch soll der Arbeitsumfang - Vollzeit oder Teilzeit - keine Rolle mehr bei der Prämienverteilung spielen. Soweit die Leistung von einem Team erbracht wurde, sollen alle Mitglieder bedacht werden. Schulen mit kleinem Kollegium eine eigenständige Entscheidung durch ermöglicht werden, dass sie die Prämien alle zwei Jahre vergeben können, da nur ein gewisser Prozentsatz von Lehrkräften in den Genuss der Zulage kommen kann. Statt einer Anerkennung in Geld will Zöllner eine zeitliche Entlastung ermöglichen - „soweit die herausragende Leistung dies nahe legt“. Klären will der Minister auch die Besonderheiten bei der Prämienvergabe an staatliche Lehrkräfte, die an Schulen in privater Trägerschaft tätig sind.

In dem Brief wirbt Zöllner um Verständnis, dass für die Klärung dieser Fragen Zeit benötigt wird. Er versichert, dass die für Sommer vorgesehenen Gelder in das neue System einbezogen werden, so dass im Herbst der Kreis der Berechtigten von fünf Prozent der Lehrkräfte auf zehn Prozent steigt. „Die Besorgnis, dass durch den späteren Zeitpunkt der Vergabe Gelder verloren gehen könnten, ist deshalb unbegründet“, heißt es abschließend.

In den Schulen war zuvor kritisiert worden, dass das Ausschütten von Leistungsprämien nicht die Zusammenarbeit in den Kollegien fördere und Unfrieden in den Schulen schüre. Auch bei der FDP, dem Koalitionspartner der Regierung, sowie bei den Oppositionsfractionen CDU und Grüne hatte sich Unmut über die vorgesehenen Modalitäten geregt.

Eva Pertgen

Zum Abschied von Frau Havel-Scheuermann als Bezirksvorsitzende von Rheinhessen

Frau Havel-Scheuermann hat sich nach 10-jähriger Amtszeit entschieden, ihr Amt als Bezirksvorsitzende noch vor Ablauf der Wahlperiode in jüngere Hände abzugeben. Neuer Bezirksvorsitzender ist Karl-Heinz Fuß aus Alzey.



I. Havel-Scheuermann und Karl-Heinz Fuß

Am 7. März 1990 wurde I. Havel-Scheuermann als Nachfolgerin von Herrn Lemke auf der Bezirksversammlung in Worms gewählt. 10 Jahre – Jahre in denen Frau Havel-Scheuermann nahezu all ihre Freizeit in die Arbeit des Verbandes einbrachte. Sie war nicht nur eine kompetente Ansprechpartnerin für die Ortsvorsitzenden oder den Bezirksvorstand, sondern hatte immer ein offenes Ohr für die persönlichen Probleme aller Kolleginnen und Kollegen aus Rheinhessen. Mit ihrer ruhigen und sachlichen Art konnte oftmals schnell und unbürokratisch geholfen werden.

Aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Landesvorstand und im BPR konnte Frau Havel-Scheuermann in den Bezirksvorstandssitzungen ein sehr umfangreiches Wissen weitergeben. Es lassen sich nur schwer alle Themen aufzählen, mit denen sie sich in ihrer langen Amtszeit beschäftigte. Beispielhaft können jedoch die regelmäßigen Gespräche des Bezirksvorstandes mit den Referenten der ADD in Neustadt, die Organisation von Fortbildungsveranstaltungen oder die permanenten Kontakte zu den Studentinnen und Studenten der Universität Mainz genannt werden.

Die Kompetenz von Frau Havel-Scheuermann geht für den VLW nicht verloren, denn sie gehört als Vorsitzende des Ausschusses Bildungspolitik/Schulpolitik auch in Zukunft dem Landesvorstand an. Wir danken Frau Havel-Scheuermann für ihr vielfältiges Engagement für die Kolleginnen und Kollegen im Bezirk Rheinhessen und wünschen ihr für die künftige Arbeit viel Kraft und viel Erfolg.

Neuer Bezirksvorsitz in Rheinhessen

Als Nachfolger von Frau Havel-Scheuermann wurde Dipl.-Hdl. Karl-Heinz Fuß als Bezirksvorsitzender für Rheinhessen gewählt. Nach dem Studium an der Universität Mannheim, und dem Referendariat in Stuttgart trat er 1993 an der BBS Alzey seinen Dienst an, wo er bislang als Ortsvorsitzender des vLw aktiv war. In seinem neuen Amt als Bezirksvorsitzender möchte er an die vorbildliche Arbeit anknüpfen, die Frau Havel-Scheuermann geleistet hat, d.h. es soll weiterhin regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen für die Kolleginnen und Kollegen, Schulungen für die örtlichen Personalräte und Informationsveranstaltungen für die Studenten der Universität Mainz geben.

Da mit Beginn dieses Jahres mehr Mittel für die Arbeit in den Ortsverbänden zur Verfügung stehen, möchte er die Ortsverbände zu verstärkten internen Aktivitäten ermuntern. Dies bietet auch die Gelegenheit, die Pensionäre zu integrieren. Zudem wird im Vorstand über die Realisierung von Veranstaltungen nachgedacht, an denen die Schulen des Bezirks gemeinsam beteiligt sind, um so den schulübergreifenden Erfahrungsaustausch zu fördern.

Bezirksdelegiertenversammlung des VLW-Bezirks Pfalz in Landau

Nach der Begrüßung durch Herrn Schulleiter Göring nahm Bezirksvorsitzender Thomas Prinz kurz zu der momentanen Beschäftigungssituation Stellung: Während einerseits viele Kollegen der allgemein-bildenden Fächer noch auf 3/4-BAT-Stellen sind, hat andererseits die fieberhafte Suche nach Diplom-Handelslehrern begonnen. Auch wenn es verlockend sein könnte, jetzt möglichst viele Diplom-Kaufleute anzuwerben, sollte hier vor allem auf Qualität geachtet werden. So wäre zum Beispiel eine Einstellung höchstens bis zur Note „3“ vorstellbar, wobei Diplom-Handelslehrer Priorität haben sollten. Sicher kein leichtes Unterfangen, wenn man bedenkt, dass bereits seit einigen Jahren viel zu wenige Referendare in den Seminaren sind und die Einstiegsvergütungen im Vergleich zur Wirtschaft wesentlich niedriger liegen. So kommt es, dass über 60 zusätzliche Stellen nicht zu besetzen sind, da bereits jetzt die geeigneten qualifizierten Bewerber fehlen.



Für die Kollegen, die bereits im Schuldienst sind, bereiten vor allem die Unsicherheiten in der Handhabung von Beurteilungsverfahren zur Beförderung nach A 14 und die viel diskutierte Einführung der Leistungsprämie Unbehagen, über deren Verteilung die Schulleiter nach eigenem Gutdünken entscheiden sollen. Antworten auf diese und andere Fragen erwartete man sich von dem anschließenden Referat von Herrn Wanner, dessen Schwerpunkte wie folgt zusammengefasst werden.

Obwohl sich die Schülerzahlen in Rheinland-Pfalz leicht nach unten bewegen, fallen an den Berufsschulen noch immer 9 % des Unterrichts aus, an

Beruflichen Gymnasien im Durchschnitt 2,4 %, je nach Struktur der Schulen. Überall fehlen Lehrer, und in den Bereichen Farbtechnik und Nahrungstechnik hatte die Suche nach Lehrkräften selbst mit schulscharfen Ausschreibungen keinen Erfolg. Zum 20. September 2000 betrug der Gesamtausfall an den Schulen in Rheinland-Pfalz laut Gliederungsplan noch 7,4 % bzw. 3524 Stunden. Da zum 1. November 2000 alle Kolleginnen und Kollegen übernommen wurden, dürfte der Ausfall dann etwa 5 % betragen. Ein Problemfall ist nach wie vor das Fach Deutsch, in dem alleine 320 Stunden ausfallen. Trotz aller Personalprobleme empfiehlt Herr Wanner, das Qualitätsbewusstsein in den Beruflichen Gymnasien Wirtschaft und Technik aufrecht zu erhalten und keine Bildungsgänge einzurichten, die nur von kurzer Dauer sind.



Ein besonderes Problem in der Personalpolitik sieht Herr Wanner vor allem darin, dass man auch in der momentanen Phase geringer Bewerberzahlen aus Qualitätserwägungen nicht alle diplomierten Bewerber von den Universitäten nehmen sollte. Auch die Fächer sollten Begrenzungskriterien sein. Die viel diskutierten Zulagen für bestimmte Fächer-Kombinationen sollte man überdenken, zumal zum Teil geeignete Bewerber für offene Stellen fehlen.

Zum Themenkomplex „Lernfelder“ führte Herr Wanner vor allem organisatorische Fragen an, so zum Beispiel, dass „PAUSE“ die Zusammenführung von Klassen manchmal behindere. Weitere Themen, über die man sich in naher Zukunft Gedanken machen wird, sind die Flexibilisierung der schulischen Strukturen, die Weiterentwicklungen im Wahlschulbereich, die Modularisierung im Fachschulbereich sowie neue Finanzierungsmodelle.

Der Landesvorsitzende G. Jooß beklagte, dass bei Neuanschaffungen in der Schule oft zu wenig an die Folgekosten gedacht werde. So sei es z.B. notwendig, bei EDV-Anlagen auch Wartungsverträge abzuschließen. Er forderte, PAUSE effektiv umzusetzen und die somit eingesparten Gelder für Strukturverbesserungen zu verwenden. Beurteilungssysteme sollten seiner Ansicht nach so gestaltet sein, dass nicht zu viele Unterrichtsbesuche anstehen. Insbesondere sollten die Beurteilungen des letzten Jahres anerkannt werden. Bezüglich der Altersermäßigung für Kollegen ohne Altersermäßigung habe er bei Herrn Minister Zöllner bis jetzt keine Gesprächsbereitschaft gefunden. Hingegen sei es jedoch durchaus möglich, dass die Altersteilzeit über 2003 hinaus verlängert werde. Die Altersteilzeit für Teilzeitkräfte sei im Blockmodell mit hoher Wahrscheinlichkeit im nächsten Schuljahr möglich.

Anschließend stand der Vorschlag zur Wahl der Landesdelegierten und der Kandidaten für den HPR auf dem Programm.

Folgende Anträge für die Landesdelegiertenversammlung in Emmelshausen wurden eingereicht:

Anwendungsorientierte Betreuung von EDV-Systemen

Anerkennung von Internet/Multimedia bei der Steuererklärung

Seinen Bericht zur Umstellung der Kasse auf Euro erteilte Kassierer Peter Schmidt und erläuterte die Beitragserhöhung anschließend anhand der einzelnen Beitragsklassen in der neuen Liste.

Runde Geburtstage in der Pfalz 2001

Der Bezirksvorstand grüßt alle „Geburtstagskinder“ und wünscht ihnen Gesundheit und Wohlergehen!

50 Jahre

Becker, Helmut (Bad Dürkheim),
Burckhardt, Hans-Jürgen (Germersheim), B
uyer, Hermann (Ludwigshafen II),
Hermann-Dietrich, Gudrun (Landau) ,
Lamm, Heinz (Rockenhausen),
Mark, Walter (Pirmasens),
Michel, Ludwig (Ludwigshafen I), Moorbrink,
Helmut (Kaiserslautern),
Paulus, Christian (Südliche Weinstraße),
Pieckert, Christian (Bad Dürkheim),
Scherrer, Walter (Landau),
Schild, Marlene (Zweibrücken),
chweder, Helmut (Neustadt),
Wagner, Herbert (Kaiserslautern),
Wick, Eberhard (Ludwigshafen II)

60 Jahre

Ackermann, Walter (Speyer),
Beiersdorf, Dieter (Ludwigshafen I),
Bernzott, Karl-Heinz (Landau),
Brand, Rolf (Germersheim),
Braun, Gertrud (Ludwigshafen I),
Edel, Wolfgang (Kaiserslautern)
Heil, Manfred (Kaiserslautern),
Kliewer, Ekkehard (Neustadt),
Lander, Bernd (Frankenthal)
Lehmann, Inge (Ludwigshafen I),
Petry, Günter (Kaiserslautern),
Pflanz, Friedbert (Ludwigshafen I)

70 Jahre

Diemer, Karl (Kaiserslautern),
Leize, Karlheinz (Frankenthal) ,
Rinnert, Ludwig (Landau) ,
Dr. Seidel, Lina (Frankenthal),
Stechmeyer-Emden, Kurt (Frankenthal),
Dr. Weidmann, Werner (Kaiserslautern)
Wilhelm, Theo Heinz (Landstuhl)

75 Jahre

Baudendistel, Elmar (Bad Dürkheim)

80 Jahre

Dr. Glöckner, Erich (Ludwigshafen II)

85 Jahre

Dr. Urschbach (SÜW)

Dr. Urschbach 85 Jahre

Herzliche Glückwünsche vom vlw-OV Südliche Weinstraße überbrachte Christiane Lauer an Dr. Ludwig Urschbach, der im Februar 85 Jahre alt wurde. Der letzte kommissarische Schulleiter der Edenkobener Berufsschule hat die längste Mitgliedschaft im vlw-Rheinland-Pfalz und wurde anlässlich des 50-jährigen Jubiläums in Mainz 1999 vom Verband mit großer Freude geehrt. Wir wünschen Dr. Urschbach viel Gesundheit und alles Gute!!



Dr. Urschbach und Christiane Lauer

Dr. Werner Weidmann 70 Jahre

Der langjährige vlw-Bezirksvorsitzende der Pfalz und stellvertretende Landesvorsitzende feiert am 4. April seinen 70. Geburtstag. Werner Weidmann entstammt einer alt eingesessenen Lehrerfamilie aus Kaiserslautern, sein Vater war der Handelsoberlehrer und Direktor an der



Berufsschule in Kaiserslautern Eugen Weidmann. Er selbst studierte in München und Frankfurt und trat 1956 als Studienreferendar an der kaufmännischen Berufsschule in Kaiserslautern in den Schuldienst. Seit 1964 war er auch für die kaufmännische Lehrerfortbildung in Rheinland-Pfalz mitverantwortlich. 1967 promovierte er an der Universität Saarbrücken. In der Schule war er als Studiendirektor mit der Leitung des Wirtschaftsgymnasiums betraut. Von 1965 bis 1978 war Dr. Weidmann Bezirksvorsitzender des vlw-Bezirks Pfalz und 6 Jahre lang stellvertretender Landesvorsitzender.

Neben seiner schulischen und verbandspolitischen Arbeit trat er mit zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten hauptsächlich zur Berufspädagogik und zur Geschichte an die Öffentlichkeit. Gegenwärtig arbeitet er an einer Biografie des Kunsterziehers und Dichters Paul Münch, die voraussichtlich Ende 2001 erscheinen wird. Wenn er uns in einem Briefwechsel schreibt, dass er „nun alt und klapprig“ sei, so liegt es sicher daran, dass auch er sich nicht dem Humor von Paul Münch entziehen konnte in der Erkenntnis, dass derjenige, der über sich selbst lächeln kann, sich im rechten Lichte sieht und dadurch rechte Größe beweist.

Lieber Dr. Weidmann, wir wünschen Ihnen noch viel Freude und Erfolg mit ihren Veröffentlichungen und viel, viel Gesundheit!!

vlw-Landesverband Rheinland-Pfalz

- Ihre Kontaktadressen
- Ihre Kontaktpersonen

■ Anschrift unserer Geschäftsstelle:

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen Landesverband
Rheinland-Pfalz
Holbeinstr. 10, 67061 Ludwigshafen
Tel. (0621) 581270 FAX 581260
homepage: <http://www.vlw-rlp.de>
E-Mail: jooss@vlw-rlp.de

■ Vorsitzender:

Georg Jooß
p (0621) 581270 FAX 581260
E-Mail: jooss@vlw-rlp.de
d (0621) 5044007.. Ap. 16 od. 10
Holbeinstr. 10, 67061 Ludwigshafen

■ Stellvertretende Vorsitzende:

Gisela Wüsten
p (06591) 5490 FAX 5490
d (06591) 95660 FAX 956649
Hillstr. 13, 54568 Gerolstein-Müllenborn

■ Stellvertretender Vorsitzender:

Jürgen Kettner
E-Mail: Famke2000@web.de

■ Schatzmeister:

Bernd Zinßius
p (06331) 62683 FAX 62686
E-Mail: zinssius@vlw-rlp.de
d (06331) 258525 FAX 10232
Krumme Steig 17, 66953 Pirmasens

■ Schriftführer:

Karlheinz Helling
p (0261) 37876 FAX dito
Kurfürstenstr. 46, 56058 Koblenz
Postfach 200734, 56007 Koblenz

■ Referent für Öffentlichkeitsarbeit:

Friedrich Heil
p (06233) 25279 FAX 220308
E-Mail: heil@vlw-rlp.de
Heßheimer Str. 31c, 67227 Frankenthal

Fachausschüsse - Ausschussvorsitzenden

■ Bildungspolitik, Schulpolitik:

Ibolya Havel-Scheuermann
p (06131) 86483 FAX 939087
E-Mail: havel-scheuermann@vlw-rlp.de
d (06131) 15303408
Am Damsberg 84, 55130 Mainz

■ Lehrerbildung, junge Wirtschaftspädagogen:

Gregor Gebhard
p (06 51) 7 22 13 FAX (06 51) 9 99 07 66
E-Mail: cggebhard@t-online.de
Zum Wingertsberg 25, 54296 Trier

■ Recht und Besoldung:

Hans Lemke
p (06136) 42378 FAX dito
E-Mail: Hans.Lemke@t-online.de
d (06131) 320062/63 FAX123386
Anemonenweg 3, 55129 Mainz

■ Fachlehrerinnen und Fachlehrer:

Roswitha Grimmer
p (02653) 7685 o. (0171) 7424746
d (026231) 96450 FAX 964560
Hauptstr. 54a, 56814 Illerich

■ Kooptierte Mitglieder im Landesvorstand

Helga Giebson
p (06136) 4 25 57
Konrad-Adenauer-Str. 54, 55129 Mainz

Klaus Flörchinger
p (06787) 6 86
Dr. Jamil-Kahey-Str. 12
55767 Rötweiler-Nockenthal

Dr. Fritz Peege
p (06131) 681650
E-Mail: dr.fritz.peege@tycosmail.com
d (06131) 492261 FAX 492273
An der Hasenquelle 18, 55120 Mainz

Bezirke - Bezirksvorsitzender

■ Koblenz :

Gernot Kormann
p (0261) 51623 FAX (02 61) 5 79 10 35
E-Mail: gernot.kormann@t-online.de
Wismarer Str. 7, 56075 Koblenz

■ Pfalz:

Thomas Prinz
p (06321) 48 7388
E-mail: Prinz.Sperling@t-online.de
Im Kirchstück 12, 67433 Neustadt

■ Rheinhessen:

Karl-Heinz Fuß
p (0 62 52) 74 92 70 FAX dito
E-Mail: Karl-Heinz.Fuss@t-online.de
Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden

■ Trier:

Winfried Ruf
p (06531) 3622 FAX 915928
E-Mail: winfried.ruf@t-online.de
Johannisstr. 3, 54472 Longkamp

Wir

- die Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen -
gestalten die Zukunft der beruflichen Bildung!

Womit werden wir jedoch konfrontiert ?

- Arbeitszeiterhöhung
- Altersermäßigung
- Große Klassen durch PauSE
- Zwangsansparstunde
- Unsinnige Zeugnisnoten
- Wenig Unterstützung bei schwierigen Schülern

So lässt sich keine
zukunftsorientierte Bildung gestalten!

**Wir kämpfen für einen
besseren Arbeitsplatz!**

VLW